

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 S.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 27. November 1897.

Inserate die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 S.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Die Organisation der deutschen Metall-Industriellen. (Schl.) — Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie. I. — Die Gewerbevereine als Einigungsämter. — Der Bund der Industriellen. — Eine feine Gesellschaft. — Aus Oesterreich. — Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Metallarbeiter Deutschlands! — Aufruf an die Metallarbeiter Nordwestdeutschlands. — Bitterarische.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten: von Formern und Siebereiarbeitern nach **Berlin**, nach **Nürnberg** (Reß); von Feilenbauern nach **Erfurt** (Augustin); von der Fahrrad- und Nähmaschinenbranche nach **Stettin** (Bernh. Stöwer A.-G.) St.; von Klempnern nach **Wernselskirchen** (Robert Weber, Berg. Eisenblechwaarenfabrik u.) M.; von Drehern, Schlossern, Formern, Gürtlern, Klempnern, Schleifern und Tischlern nach **Reich** bei Dresden, nach **Halberstadt** (Mühne & Ruhd); von Stahl- und Eisenarbeiten nach **Schwetinfurt** (Zänichen & Co., A.-G.); von Mechanikern, Optikern, Brilleneinschleifern u. nach **München** (Koblenhof); von Metallbrückern nach **Kopenhagen** (Aktiengesellschaft Slud & Madstrand); von Metallarbeitern aller Branchen nach **Coronel** i. Pomum. M., nach **England** St.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung.)

Die Organisation der deutschen Maschinen-Industriellen.

(Schluß.)

Einen breiteren Raum nehmen in den vorliegenden Berichten die sozialen Kämpfe und die Arbeitsvermittlung ein. In beiden Kapiteln offenbart jede Zeile die bekannte Prozigkeit und brutale Gesinnung der vereinigten Maschinenindustriellen gegen die nicht völlig verflachten Arbeiter und den Mangel an Wahrheitsliebe bei Besprechung der Arbeiterbewegung. Jedes soziale Reges und Streben der Arbeiter ist in den Augen dieser Menschen ein Verbrechen — ein Verbrechen wider die Majestät des Geldsacks, das nur mit der Proskription, mit der Achtung durch die schwarze Riste genügend geahndet werden kann. Diese Proskription ist so schlimm, ist um Nichts humaner als die barbarische Proskription des Mittelalters in Gestalt von Acht und Bann; diese Proskription ist in aller Form ein Mordversuch an dem Geächte, denn man entzieht ihm die Möglichkeit, durch den Verkauf seiner Arbeitskraft die Mittel zum weiteren Leben zu erwerben. Wenn der durch die schwarze Riste Geächte dennoch Arbeit und Existenz findet, so ist dies nicht das Verdienst der Verfolger und deshalb auch kein Milderungsgrund bei der Beurteilung ihres frevelhaften Vorgehens. Es richtet die „höchsten Güter“ Ordnung, Religion und Sitte, wenn ihre Träger und Verteidiger zugleich auch die Fabrikanten der schwarzen Listen sind.

Der krasse Mangel an Wahrheitsliebe bekundet sich namentlich in der systematischen und planmäßigen Anschuldigung der Sozialdemokratie, daß sie die Streiks anzettelt. So oft ist in der Arbeiterpresse, in Vereinen und Versammlungen schon erklärt worden, daß die Sozialdemokratie als politische Partei mit der Gewerkschaftsbewegung, also auch mit den Lohn- und Streikbewegungen nichts zu thun hat, daß man in der immer wiederkehrenden Beschuldigung den Ausfluß einer zur zweiten Natur gewordenen Verlogenheit erblicken muß. Nachdem im Geschäftsbericht für 1896 mit hoher Befriedigung konstatiert worden, daß „das Bewußtsein sich an vielen Orten einer geschlossenen Gegnerschaft der Unternehmer, wie sie der Gesamtverband darstellt, gegenüber zu befinden, die Streikluft wesentlich gedämpft hat“, heißt es dann weiter, daß der Hauptherd der auf Sperrungen und Streiks

gerichteten sozialdemokratischen Agitation natürlich Berlin war. — Wo und wann und von wem ist in Berlin „sozialdemokratische Agitation für Sperrung und Streiks“ getrieben worden? Die Federhelden des Fabrikantenverbandes, die so leichtfertig derartige Beschuldigungen in die Welt hinausgeschleudern, sollen einmal die Beweise für ihre Behauptungen erbringen. Als solchen Beweis sehen wir nicht etwa an die bekannte kapitalistische Phrase, daß die Meißner zu einer „Kraftprobe“ benützt wurde und daß sich „daneben noch die Agitatoren auf Durchführung der neunstündigen Arbeitszeit verlegten und daß auch Forderungen auf eine andere Berechnung der Akkordarbeit bei Formern und Siebern auf höhere Bezahlung von Ueberstunden aufgetreten sind.“ Solche Forderungen haben an sich mit Sperrungen und Streiks gar nichts zu thun. Zu solchen Schritten werden die Arbeiter in der Regel erst im Laufe der Lohnbewegung durch die Kühnemänner gedrängt, indem sie ihre ganze Prozigkeit und Rücksichtslosigkeit betätigen. Sie sind daher auch in allen Fällen von Streiks und Sperrungen die wahren und wirklichen Urheber und nicht die so viel begeisterten und giftbesprigten sozialdemokratischen Agitatoren. Recht kann es der Sozialdemokratie freilich nur sein, wenn die Kühnemänner sie als die natürliche und energische Vertreterin der Arbeitszeiterkürzung und der Lohn-erhöhung vor aller Welt hinstellen und dadurch wirken als jene Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Darauf hat bereits in seinem letzten Amtsberichte auch der badische Fabrikinspektor hingewiesen. Er betont den Zusammenhang zwischen niedrigen Löhnen und dem Mangel an Organisation sowie umgekehrt zwischen Organisation und höheren Löhnen und er bezeichnet es sodann als eine Unklugheit der Unternehmer, bei den Arbeitern die Meinung hervorzurufen, „daß auskömmliche Löhne und Sozialdemokratie sich ergänzende Dinge seien.“ Es haben freilich nicht alle sozialdemokratischen Arbeiter hohe Löhne — wir erinnern nur beispielsweise an die Textilarbeiter, an die Spielwarenarbeiter, Konfektionsarbeiter, Zeugschmiede, namentlich Hausindustrielle —, wie umgekehrt nicht alle Arbeiter mit hohen Löhnen Sozialdemokraten sind, aber unbestrittene Thatsache ist, daß einzig die Sozialdemokratie mit Wort und That für hohe Löhne, für Verkürzung der Arbeitszeit, für die Hebung der gesamten Arbeiterlage sowie endlich für die Abschaffung jeder Ausbeutung eintritt. Wenn die Maschinenindustriellen eine dieser Thatsache entsprechende Meinung von der Sozialdemokratie den Arbeitern beizubringen suchen durch das häufige Hervorheben der „sozialdemokratischen Agitation“, so kann uns diese agitatorische Thätigkeit des Fabrikantenverbandes für die Sozialdemokratie nur recht sein.

Was die Berechtigung der vom Fabrikantenverband erwähnten Forderungen der Berliner Metallarbeiter anbetrifft, so ist darüber kaum ein weiteres Wort zu verlieren. Wird diese Berechtigung doch anerkannt von zahlreichen bürgerlichen Kreisen und selbst von Fabrikanten. Und wird ja überdies die Berechtigung entsprechender Forderungen der Fabrikanten für sich gar nicht mehr diskutiert, sondern einfach dekretiert. In der zweijährigen Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges sind die Kartelle und Syndikate der Unternehmer aller Branchen massenhaft gegründet worden, eine Preiserhöhung jagte die andere und die Geschäftsgewinne haben eine solche Höhe erreicht, daß die Aktiengesellschaften, auch in der Maschinenindustrie, Dividenden von 10, 20, 30 bis 40 Prozent und darüber vertheilen können; die Gewinne der Einzelunternehmer, der Fabrikanten, sind aber verhältnismäßig noch höher wie die der Aktiengesellschaften, weil sie eine billigere Verwaltung haben. Alle die wucherischen Parassiten, wie Aufsichtsräthe, Verwaltungsräthe, Revisoren u., die fürstlich bezahlt werden,

die fetten Gehälter und Lantienen der Direktoren u. sind bei den Einzelunternehmungen unbekannt, da fällt der ganze fette Gewinn ungeschmälert in die Tasche des einen Kapitalisten. Die deutschen Maschinenindustriellen blicken auf eine Reihe wirklich segensreicher Jahre zurück und da steht es ihnen dann besonders gut an, die Bestrebungen der Arbeiterchaft nach einer guten und kräftigen Organisation, nach erträglichen Arbeitsverhältnissen mit allen Mitteln zu bekämpfen und die unterdrückten Arbeiter noch hochmüthig zu verhöhn. Hochmüthiger Hohn ist es in unseren Augen, wie in dem Geschäftsberichte nur von den Niederlagen der Arbeiter berichtet wird. So heißt es in Bezug auf die von den Schlotjücker der Maschinenindustrie an den Berliner Metallarbeitern verübten Gewaltthaten und ihr Ergebnis: „Der Streik . . . ist gänzlich erfolglos verlaufen . . . gegen Ende November gab die Sozialdemokratie den Kampf auf und streckte die Waffen. Die Solidarität der Mitgliedschaft hat sich bei dieser Gelegenheit in um so glänzenderem Lichte gezeigt, als gerade eine ganze Reihe der kleinen und kleinsten Betriebe von dem Ausstande betroffen wurden; sie haben trotz ihrer in vielen Fällen schwierigen geschäftlichen Lage getreulich ausgehalten. Wo es irgend anging und nöthig war, sind die größeren Werke helfend beigesprungen (d. h. wohl, ohne daß die Arbeiter es wußten, haben sie Arbeiten für andere Geschäfte ausgeführt? Da ist in Zukunft die größte Vorsicht geboten! D. Red.). So war mit Einbruch des Winters die ganze Streikbewegung Berlins niedergeworfen, ohne daß irgendwo ein nennenswerther Erfolg der sozialdemokratischen Agitation eingetreten wäre.“

Das ist der reinste polizeilich-nationalliberal-schweinsburgische Schlotjunkerstil. Also die Sozialdemokratie streckte die Waffen! Und das erfahren wir erst jetzt und trotzdem erhält der Schweinsburg noch seine 12 000 M., die doch viel amüsanter für Champagner und Tapanen, für Demimondlerinnen und ähnliche Vergnügungen ausgegeben werden könnten. Die Maschinenindustriellen mit dem berühmten Kühnemann an der Spitze haben in Berlin die etwa 200 000 Sozialdemokraten besiegt, haben sie gezwungen, die Waffen zu strecken. Edler Don Quixotes, drehe Dich im Grabe um und schäme Dich Deiner Stümperei! Betrachte Dir die Kühnemänner in Berlin und staune, welche großen Nachfolger in der edlen und siegreichen Ritterchaft Du gefunden hast. Wenn Aufgeblasenheit und Lächerlichkeit tödtlich wirken, die Kühnemänner müßten schon längst mit ihrem Vorfahren Don Quixotes vereinigt sein.

Es werden sodann die Streiks in Nürnberg, in Dielefeld (Dürckopp & Cie.), Offenbach a. M., Wforzheim, Flensburg, Lübeck und zum Schluß wieder ein Berliner Streik, der in der Eisengießerei von Hugo Hartung, Aktiengesellschaft, besprochen und zwar ganz in der Manier, mit der die Berliner Bewegung geschildert wird. Besonders erwähnenswerth sind daraus nur zwei Punkte. Bei Besprechung des Streiks bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft wird gesagt, daß derselbe „auf Grund von kaum nennenswerthen Zugeständnissen für beendet erklärt wurde . . . Die auf dem Wege gütlicher Verhandlungen der Arbeiterschaft ohne Weiteres zugestimmt worden wären.“ — Diese Ausführungen sind nach zwei Richtungen u n w a h r. Einmal sind die 1000 Arbeiter der Flensburger Schiffswerfte nicht plötzlich, als ob sie Narren wären, in den Streik hineingesprungen, sondern sie haben erst ihre durchaus nicht übertriebenen Forderungen gestellt und erst dann, als diese nicht bewilligt wurden, die Arbeit niedergelegt. Sodann sind eben auf dem gütlichen Wege, welcher vor dem Streik betreten worden, die Forderungen erzielten bescheidenen Zugeständnisse von der Werkverwaltung nicht gemacht worden, weil die

Rühnemänner mit ihren bekannten verwerflichen Gehe- reien und Wühlereien sofort an der Arbeit waren. Das Erkennungszeichen hierfür ist immer die affenartige Geschwindigkeit, mit der die schwarzen Listen gemacht werden.

Der zweite Punkt, den wir erwähnen wollen, be- trifft den Lübecker Streik bei Thiel & Söhne. Da wird zunächst der bekannte, jede Selbstständigkeit und eigene Entschliekung der Unternehmer vernichtende Terrorismus der Rühnemänner konstatiert, indem der Bezirksverband der Maschinenindustriellen der ge- nannten Firma den Auftrag gab, den Streikenden die Abkehr für den Gesamtverband zu geben, nachdem die vorgeladene Arbeiterkommission nicht erschienen war. Punkt 2 der Forderungen der Arbeiter betraf den Aus- tritt der Firma aus dem Arbeitsnachweis des Fabri- kantenverbandes. Im Geschäftsbericht wird dieses Ver- langen als der Kernpunkt der erhobenen Forderungen bezeichnet und dazu bemerkt: „Auch hier kommt es der Parteileitung lediglich auf eine Kraft- probe an.“ — Ist eine solche vorsätzliche und inite- matische Verlogenheit schon je dagewesen? Man scheint es bei den Maschinenindustriellen mit dem „rothen Koller“ als würdigem Seitenstück zu dem „Tropenkoller“ der Leist, Wehlan, Peters, Schröder zc. zu thun zu haben.

Eine weitere Lüge sei endlich noch festgenagelt, die in Verbindung des Pforzheimer Streiks mit der „Deutschen Metallarb.-Ztg.“ verbrochen wird. Es wird im Geschäftsbericht behauptet, daß seitens dieses Blattes sofort die Sperre über die Firma dekretiert und total unwahre und entstellte Dar- stellungen des Falles veröffentlicht worden seien. Der Wahrheit gemäß sei hier festgestellt, daß die Redaktion dieses Blattes keine Kompetenz hat, weder eine Sperre noch sonst etwas Anderes zu dekretieren. Dies geschieht von der Organisation und die Redaktion hat einfach die Pflicht, derartige, ihr zugehende und genügend unterfertigte Einsendungen zu veröffentlichen. Was die angeblich unwahren Darstellungen des Falles betrifft, so bestehen sie wohl darin, daß Verhältnisse berührt wurden, welche die Fabrikanten nicht sehen wollen oder ihnen höchstens als bloße Schönheitsfehler der kapi- talistischen Weltordnung erscheinen, während sie von den Arbeitern mit ganz anderen Augen betrachtet und mit ganz anderen Gefühlen beurteilt werden. Darüber wird es zwischen Arbeitern und Kapitalisten niemals zu einer Uebereinstimmung kommen, am wenigsten aber mit den Rühnemännern, bei denen von vornherein und ohne Unterjochung in jedem Falle die Unternehmer im Rechte und die Arbeiter im Unrechte sind.

Die Besprechung der Streikbewegung klingt in dem Frohlocken aus, daß, während die meisten anderen größeren Industriezweige umfassendere und einschnei- dendere Streiks zu verzeichnen hatten, die Metallin- dustrie davon weniger berührt wurde und daß dies „lediglich als eine segensreiche Folge der Or- ganisation des Gesamtverbandes erscheint.“ —

Nun zu dem berühmten Arbeitsnachweis des Fabrikantenverbandes. Ende 1896 existierten Ar- beitsnachweisstellen in Berlin, Braunschweig, Chemnitz, Halle a. S., Hamburg, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Nürnberg; der Verein der Kupfer- und Zinn-Industriellen Deutschlands hat 7 solcher Arbeitsnachweise. In den 9 Ar- beitsnachweisstellen der Rühnemänner sollte noch eine solche in Hannover errichtet werden. „Der Nutzen dieser Arbeitsnachweisstellen ist zu einschneidend“, heißt es in dem Geschäftsbericht, „als daß die Einrichtung einer solchen den einzelnen Bezirksverbänden noch be- sonders empfohlen zu werden braucht.“

In der Ausschlußsitzung vom 28. August 1897 faugerte der Arbeitsnachweis als besonderer Punkt auf der Tagesordnung. Direktor Schimpff-Halle a. S. gab zunächst bekannt, daß der Gesamtverband durch Hand- schreiben die in Frage kommenden Bezirksverbände um die regelmäßige Zusendung der Mittheilungen über den Verkehr bei den einzelnen Arbeitsnachweisstellen ersucht habe. Denjenigen Bezirksverbänden, welche bei sich Nachweise noch nicht errichtet hätten, konnte er dieses nicht angelegentlich genug empfehlen. Die ver- langte regelmäßige Zusendung von Mittheilungen fand lebhafteste Unterstützung und wurde beschlossen: „Der Vorstand des Gesamtverbandes setzt sich mit dem Vor- stand des Berliner Verbandes zwecks Errichtung einer Zentralarbeitsnachweisstelle in Verbindung und haben die statistischen Berichte der einzelnen Arbeitsnachweis- stellen allwöchentlich zu erfolgen.“ Aus den über den Arbeitsnachweis geführten Verhandlungen sei die Mit- theilung des Herrn Gwers-Lübeck erwähnt, daß der dortige Arbeitsnachweis ganz nach dem so bewährten Hamburger Muster eingerichtet sei. Nach Herrn Zauggensteyn-Magdeburg ist ein großer Theil der Mitglieder seines Verbandes noch wenig verständnißvoll für den kapitalistischen Arbeitsnachweis mit der Ein-

richtung der schwarzen Listen. Nach Direktor Schimpff „gingen die Nachweise der Sozialdemokraten ständig zurück und hoffe er, daß die Schen der Arbeiter im Magdeburger Verband bald ein überwun- dener Standpunkt sein werde, wie in Halle, wo jetzt die Arbeiter mit Vorliebe (?) die (kapitalistische) Nach- weisstelle aufsuchen.“ Heegewaldt-Berlin erwähnt des für den Berliner Nachweis bindenden Ver- hotes, sich mit gleichen Einrichtungen der Sozialdemokraten in Verbindung zu setzen...“

Die Rühnemänner werden also einen Zentralar- beitsnachweis mit Zentralstelle für schwarze Listen ein- richten, um das „Waffenstücken der Sozialdemokratie“ in Zukunft noch einheitlicher, planmäßiger und nach- sichtlich betreiben zu können als bisher. Dann wer- den sich vielleicht auch die noch spröden Süddeutschen anschließen, bezüglich deren, speziell betreffs der Pforz- heimer, der Geschäftsbericht „beklagt“, daß der Fabri- kantenverband noch nicht über das Mannheimer In- dustriegebiet ausgedehnt ist, so daß einige der in Pforzheim und durch den Gesamtverband abgekehrten Leute dortselbst sofort Einstellung gefunden haben — was ein unverzeihliches Verbrechen ist. Nun, inzwischen sind ja die Württemberger unter der Führung des schwäbischen Rühnemann, Kuhn in Stuttgart, zu dem Verbands gekommen und bald wird auch ganz Süd- deutschland erobert sein.

Damit haben wir unseren Kollegen ein Bild von der Stärke, der Wirksamkeit und den Bestrebungen des Verbandes der Deutschen Maschinenindustriellen gegeben, das sie zweifellos im höchsten Maße interessieren wird. Wir überschätzen die Bedeutung dieses Verbandes nicht, wie wir auch von seiner Unterschätzung weit entfernt sind, aber das geht aus seiner bisherigen Thätigkeit als Thatsache hervor: daß er auf einem weiten Ge- biete der deutschen Metall- und Maschinenindustrie eine Schreckensherrschaft, ein unerhört terroristisches Regi- ment gegen die Arbeiter aufgepflanzt hat, daß er die in den genannten Industriegruppen bestehenden Arbeits- verhältnisse mit ihren größtentheils langen Arbeitszeiten, miserablen Arbeitslöhnen, schlechten Arbeitsräumen und Einrichtungen und schlechter Behandlung der Arbeiter verewigen, ja ihre weitere Verschlechterung herbeiführen möchte, da jede solche Maßregel irgend eines Unter- nehmers von vornherein die Zustimmung des Verban- des hat, wie jede Aufsehnung der Arbeiter dagegen oder das Bestreben auf Verbesserung der Arbeitsbe- dingungen von vornherein durch den Verband verpönt und verbannt ist. Ein solcher Zustand ist aber in der That eine Schreckensherrschaft, er muß die völlige Versklavung und Verelendung der Arbeiter zur Folge haben.

Dieses Schreckenregiment kann und muß durch die Arbeiter gebrochen werden. Die heutige Mitgliederzahl des Deutschen Metallarbeiterverbandes muß verzeich- net werden, es muß eine mächtige Organisation, eine unerjötterliche Disziplin und Solidarität geschaffen werden, um dem Hochmuth und der Brutalität der Rühnemänner zeigen zu können, daß die lebendige Arbeit Alles, aber das todtte Kapital nichts ist; die deutschen Metallarbeiter müssen auf eine solche organi- satorische Höhe gebracht werden, daß sie in der Lage sind, nach dem tapferen Beispiel der schweizerischen Eisenbahner den Rühnemännern zeigen zu können, daß in der That alle Köder stehen still, wenn unser starker Arm es will.

Darum, Kollegen, an die Arbeit!

Die Geschäftslage der Metall- und Maschinenindustrie.

I.

Der Stand der Geschäftslage ist mit dem Abschluß des dritten Quartals und auch gegenwärtig im All- gemeinen noch ein guter. Einzelne Industriezweige, wie z. B. die Textilindustrie, die schon seit einiger Zeit weniger befriedigende Geschäftslage haben, haupt- sächlich in Folge von Ueberproduktion, haben keine Besserung erfahren und werden zu Betriebsbeschrän- kungen greifen. Die Metall- und Maschinenindustrie hat das dritte Quartal so geschlossen, wie sie es be- gonnen hatte: mit allseitig abwartender Haltung. Die deutsche Roheisenproduktion betrug im ersten Halbjahr 3,341,815 Tonnen gegen 3,095,805 im 1. Semester 1896, d. h. um 246,000 Tonnen mehr, und diese gesteigerte Produktion hat bis heute angehalten; im Saargebiet allerdings ist die Roheisenproduktion etwas zurückgegangen.

Eine bedeutende Ausdehnung und Vermehrung haben die Syndikate in der Eisenindustrie erfahren, deren Wirksamkeit auch die Hochhaltung der Preise zuzuschreiben ist. In der Eisenindustrie bestehen heute folgende Syndikate: Verband sächsischer Walzwerke (gegründet worden im 1892), Verband deutscher

Grobblech-Walzwerke, Syndikats-Einkaufsstelle für Martinofen-Schrott in Dortmund zur Niederhaltung der Preise, Walzdraht-Syndikat, Drahtstift-Syndikat, Verband der Siegerländer Feinblechwalzwerke, Ver- band deutscher Drahtwaaren-Fabrikanten, Syndikat der Schloßfabrikanten in Rheinland-Westfalen, Verband deutscher Tempergießereibesitzer, Berg- und Hütten- männischer Verein zu Siegen, Verein für Berg- und Hüttenproduktion in Oberschlesien usw. Das sind 11 Syndikate, ihre Zahl ist aber noch größer und wird noch größer werden, da immer neue Syndikate, so auch für die Fahrradindustrie, gebildet werden. Die Kapitalisten machen somit von dem gesetzlichen Koa- litionsrechte den ausgiebigsten Gebrauch, sie, die mit ihren Riesentkapitalien, namentlich als Aktiengesell- schaften, an sich schon die mächtigsten Koalitionen dar- stellen; und diese werden dann noch zu Syndikaten vereinigt, zu geradezu erdrückenden Kapitalmächten, die mit allen Mitteln hohe Preise dekretieren und be- haupten und dadurch die fettesten Gewinne erzielen. Dieselben Kapitalisten, Aktionäre und Syndikatsleute sind bekanntlich die ärgsten Feinde des Koalitions- rechtes und der Vereinigung der Arbeiter; der Bued hat im preussischen Landtage für das kleine Sozia- listengesetz gestimmt, der Stumm ditto im preussischen Herrenhause und der von ihnen mit 12,000 M per Jahr gedungene galizische Preßhändler Schwein- burg, sowie andere ihm gleichgestimmte Seelen hegen jede Woche auf Bestellung einige Male gegen die Ar- beiter und ihr Vereinsrecht. Dieselben Leute, die so viel von Christenthum, Sitte und Ordnung zu reden wissen, handeln jede Stunde gegen das christliche und oberste sittliche Gebot: Was Du nicht willst, daß man Dir thu, das füg' auch keinem andern zu; die- selben Leute verrathen in allen ihren Handlungen keine Spur von sittlichem Denken und Empfinden, sondern kennen nur ihren bösen Kapital und Kapitalinter- essen. Die Koalition des Kapitals betrachten die Kapitalisten und ihre Handlanger als eine Selbstver- ständlichkeit, als ein Naturrecht, worüber man gar nicht mehr redet; die Koalition der Arbeiter aber ist ein Verbrechen und wer sich dessen schuldig macht, kommt auf die Proskriptionsliste. Die Bued u. Deumer, welche als besoldete Vertreter im Dienste des Kapitals stehen, zeichnet man mit allen Ehren aus, die Vertrauensmänner der Arbeiter beschimpft man als Gezer, Aufwiegler, Rädelshörer und heßt gegen sie die öffentlichen Gewalten auf. Aber der Justizminister Schönstedt erklärt uns diesen Zwiespalt des einen Rechts: Wenn Zwei dasselbe thun, ist es nicht das- selbe. Von diesem Grundsatz des Kapitals ist ja heute das ganze offizielle und kapitalistische Deutsch- land durchdrungen — allerdings auch das arbeitende Volk, da es seine Wirkungen am eigenen Leibe in vielen Gestalten zu spüren bekommt. Nun, sind wir mit der Arbeiterbewegung trotz einer ganzen Welt von Hindernissen soweit gekommen, wo wir heute sind, so werden wir auch den Schönstedt et tutti quanti über- winden und weiter marschieren. —

Welche Wirkungen die Syndikate auf die Gestal- tung der Preise haben und mit welchen Mitteln sie die Ferngebliebenen zu gewinnen suchen, geht aus einem, von der „Frkf. Ztg.“ veröffentlichten Berichte hervor, in dem es u. A. heißt: „Die Preise haben nur für Feinbleche nachgegeben, für Stabeisen insofern, als die außerhalb der Konvention stehenden Werke mehr Erfolg bei ihren Offerten hatten als die Kon- ventionenwerke, weshalb den letzteren gestattet wurde, in billigere Offerten einzutreten. Damit gingen sie stellenweise sehr erheblich unter die Konventionspreise herab, es sind Verkäufe in Flußeisen selbst zu 120 M für die Tonne vorgekommen. Dies hat auch auf dem Stabeisenmarkte die Syndikatsfrage wieder in Gang gebracht, die Verhandlungen werden eifrig und mit Wärme betrieben. Ob aber dabei etwas heraus- kommen wird, das ist immer noch fraglich, da einige größere Werke ihren Anschluß von Bedingungen ab- hängig gemacht haben, die von den anderen Werken kaum erfüllt werden können. Wie im Uebrigen das Geschäft sich weiter entwickeln wird, das muß jetzt bald zur Klarheit kommen. Die Produzenten von Rohstoffen und Halbfabrikaten wollen die Bildung von Syndikaten auch für die anderen Zweige mit allen Mitteln fördern, u. A. auch dadurch, daß sie die in einer Branche außerhalb der Vereinigung bleibenden Firmen nicht an Vergünstigungen Theil nehmen lassen, die den Syndikaten gewährt werden. Dazu gehören vor Allem Export-Vonifikationen; später werden auch noch Frachtvergütungen, Skonto u. dgl. in Frage kommen. Dadurch wünscht man dem In- landsgeschäft mehr Stetigkeit zu verleihen, und zu- gleich den Export je nach der Leistungsfähigkeit der Werke zu erleichtern, um eine ausgiebigere und regel- mäßige Beschäftigung auch für solche Zeiten zu sichern,

in denen der Inlandsmarkt weniger aufnahmefähig ist. Es sollen dabei Kartellen geschaffen werden, daß auch nur der faktische Export begünstigt wird, und hierfür kann die Kontrolle nicht bei einzelnen Firmen, sondern nur bei größeren Vereinigungen mit Sicherheit durchgeführt werden. Für den Fall, daß dies Alles nach Wunsch gelänge, wird bereits daran gedacht, einen großen Exportverein zu gründen, der die Vertheilung der Exportprämien in die Hand nimmt. Dies wäre natürlich die größte und wichtigste Vereinigung, wogegen alle bisherigen an Bedeutung zurücktreten würden. Die Befürworter der Syndikats-Bestrebungen unter den Industriellen weisen darauf hin, daß, bisher wenigstens, die bestehenden Vereinigungen ihre Zwecke so gut erfüllt haben, als man nach so kurzem Bestehen verlangen könne: das Schrotteinkaufskontor hat die für die Stahlwerke so wichtige Verbilligung von Roheisen bewirkt, das Grobblech-Syndikat einen Rückgang der Grobblechpreise verhütet, das Walzdraht-Syndikat eine Steigerung des unter die Selbstkosten gesunkenen Preises zu Wege gebracht. Auf allen Punkten, wo Vereinigungen bestehen, ist noch jetzt der Markt fest, besonders für Kohlen und Erze, für Roheisen und Halbfabrikate. Allerdings ist diesem Erfolge der Syndikationen bisher eine vortheilhafte Konjunktur zu Statten gekommen. — Was hier gesagt ist über die guten Wirkungen der Unternehmer für Hochhaltung der Preise resp. für Herabdrückung derselben (Roheisen) und über die vollständige Erfüllung des denselben gestellten Zweckes, das sollte jeder Arbeiter ein paar Mal lesen und überdenken und dann handeln. Die Arbeiter haben für Wahrung ihrer Interessen nur das Beispiel der Kapitalisten — ihrer „Brodgeber“ — nachzuahmen und es wird für sie besser werden! —

Nun zurück zur Geschäftslage. Wie es mit denselben in der Maschinenindustrie steht, zeigt die kurze Notiz, die im volkswirtschaftlichen Theil eines bürgerlichen Blattes zu lesen war. „In welchem außerordentlichem Maße die Maschinenfabriken zur Zeit mit Aufträgen versehen sind“, heißt es da, „müde folgender Fall zeigen: Vor kurzer Zeit beschloß ein Kaliwerk, die Lieferung einer kleinen Fördermaschine zu vergeben und zwar mit einer Lieferzeit von 4—5 Monaten. Es wurde an 17 Maschinenwerke deswegen geschrieben, welche es sämmtlich ablehnten, in einem solchen Zeitraum die Fördermaschine zu liefern. Ein Werk versprach, die Lieferung in neun Monaten zu bewirken, acht Fabriken wollten die Maschine in einem Jahr und darüber herstellen und acht Fabriken lehnten die Bestellung überhaupt ab, da sie auf lange Zeit voll beschäftigt seien.“ — Einen höheren Grad von Beschäftigung kann man gewiß nicht wünschen.

Nun zu den Marktberichten über die allgemeine Lage. Mitte Juli wurde vom niederheinisch-westfälischen Eisenmarkt große Stille gemeldet und bemerkt, daß Preiserhöhungen nicht mehr zu erwarten sind. Es sei Mangel an Arbeitskräften, in Folge dessen die Löhne steigen (?), während das Fertigfabrikat noch keinen Preisstand erreicht hat, der diese höheren Selbstkosten ausgleiche. Reichliche Arbeit sei nur an Eisenbahnmateriale vorhanden. Der Betrieb der Maschinen- und Kesselfabriken sei ein regelmäßiger, desgleichen der Kleinmaschinenindustrie. Ende Juli wurde von einer Preisherabsetzung von 4 Mk per Tonne für Bandeisen berichtet, sowie davon, daß die Käufer der Erzeugnisse der Kleinmaschinenindustrie ebenfalls Herabsetzung der Verkaufspreise verlangten. Dagegen erhöhte das Grobblech-Syndikat die Preise für Schweißblech und Kesselfleche um 2,50 Mk pro Tonne. Aus den August- und Septemberberichten ist zu entnehmen, daß die Lage ziemlich gleich geblieben; der letzte Septemberbericht läßt eine neue, wenn auch nicht gerade bedeutende Aufwärtsbewegung erkennen. Die verschiedenen Produkte notirten folgende Preise per Tonne: Walzdraht 120 Mk, Feinbleche 128, in Aufnahmefällen 125, Stabeisen 131 bezw. 126, Drahtstifte 135, Puddeleisen 59—60, Stahleisen 61—62, Thomaseisen 59—60, Bessemer Eisen 65—66, Luxemburger Puddeleisen 61—62 Fr., Gießereieisen 54 Fr., Thomaseisen 84—85 Mk, vorgewalzte Platte mittleren Umfangs 88—89, Knüppel 91—92, Mattinen 94—95, Siemens-Martins-Eisen 93 bis 100, Luppen 86—87, für Siegener 91—92, Flußeisen 131, Schweißblech 135, Bandeisen 140, Träger 116—118, Flußeisenwalzdraht 120 (bis zur Gründung des Syndikats war der Preis 107,50 Mk).

Nach dem Berichte des Berg- und Hüttenmännischen Vereins zu Siegen steht es am Siegerländer Eisenmarkt gut. An Eisenstein kann kaum genug gefördert werden und ist die Produktion bereits bis in's dritte Quartal 1898 vergeben. Die Preise für Spatheisenstein haben keine Veränderung erfahren und

stellen sich für Kohspath auf 113—119, für Roheisen auf 157—167, für Brauneisenstein bewegen sich die Preise zwischen 115 und 143 Mk. Dagegen sind die Siegener Walzwerke schlecht beschäftigt und müssen bereits Feierschichten einlegen. Alle sonstigen Werke, wie Eisengießereien, Maschinenfabriken, Verzinkereien zc. sind voll beschäftigt, auch lassen die Anfragen keineswegs nach, so daß auch für die kommenden Monate noch auf ein befriedigendes Geschäft gerechnet werden kann.

Ähnlich sind die Berichte aus Oberschlesien. Das Geschäft ist etwas ruhiger geworden, die Preise sind gegen 1896 etwas reduziert, aber im Septemberbericht klingt wieder ein zuversichtlicherer Ton. Von der Roheisenproduktion des laufenden Jahres, heißt es da, ist nichts mehr frei, ebenso liegen für das kommende Jahr bereits umfangreiche Abschlüsse zu hohen Preisen vor, die Preise für Erze aller Art stehen unverändert hoch, und die Aussichten für den Roheisenkonsum im nächsten Jahre sind so befriedigend, daß wahrscheinlich bereits die Wintermonate weitere große Umsätze bringen werden. Der Gesamt-Roheisenkonsum bewahrt anhaltend einen so hohen Stand, wie seit Jahren nicht mehr.

Aus Oesterreich-Ungarn wurde von Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen in den Maschinenfabriken, Kesselschmieden und Schiffsbauanstalten schon im Juli berichtet und dabei auch die Verschlechterung der Situation des Eisenmarktes durch die ungünstigen Berichte vom deutschen Eisengeschäft betont. Dieselben haben auf die Preise gedrückt und speziell die für Feinbleche um 0,75—2,75 Gulden per 100 Kilogramm reduziert. Für Konstruktions- und Baueisen haben die Ueberschneidungen Ende Juli und Anfangs August Besserung gebracht, nachdem ihre Geschäftslage sowieso keine ungünstige war. Ende September war die Lage für die Maschinenindustrie keine bessere, als im Juli, im Gegentheil wurden weitere Betriebseinschränkungen in Aussicht gestellt; nur die Werke für Eisenbahnmateriale sind gut beschäftigt. Zu allem Ueberflusse steht auch noch die Konkurrenz der erstarkenden ungarischen Eisenindustrie auf dem österreichischen Markte in naher Aussicht.

Durch die englischen Marktberichte zieht sich wie ein rother Faden der Maschinenbauerstreik, der fast alle Zweige der Metall- und Maschinenindustrie beinzieht und dessen baldige Beendigung schon im Juli von den weitesten Unternehmerkreisen heftig gewünscht wurde. Unter dem Einfluß des Streiks haben auch vielfach die Eisen- und Stahlpreise keine Festigkeit erlangen können; sie sind schwankend geblieben, gingen einmal zurück, um ein nächstes Mal wieder zu steigen. Ohne die Störungen des Niesenstreiks würde sich die englische Metall- und Maschinenindustrie besser Prosperität erfreuen. Immerhin machte sich in der Fahrradindustrie, die 1896 eine um 20 Prozent vermehrte Produktion hatte, bereits vor Monaten eine Depression fühlbar in Folge der gesteigerten amerikanischen Konkurrenz. Ein Situationsbericht von Mitte August sagt: Im Eisengewerbe sind fast alle Zweige gut beschäftigt, wenngleich neue Aufträge nicht immer in gewünschtem Umfange eintreffen. Besonders lebhaft ist der Bedarf für Eisenbahn- und Brückenmaterial, aber auch die Schiffbau-Industrie hat viel zu thun. Von Norwegen und Schweden werden in Kürze große Bestellungen für Schienen, Lokomotiven und Fahrmaterial erwartet. Dagegen hat es große Enttäuschung und Unzufriedenheit verursacht, daß die neue elektrische Untergrund-Eisenbahn in London, bei der auch deutsches Kapital interessiert ist, Maschinen und Lokomotiven in Amerika bestellt haben soll. In Glasgow wurden bei der Firma Wilson Hamilton u. Co. neuerdings vier Dampfschiffe von je 5500 Tonnengehalt in Bestellung gegeben; dieselbe Firma erhielt vor kurzem auch Aufträge für zwei Schiffe von je 6000 Tonnengehalt. Von Wolkershampton wird guter Bedarf für Stahlbleche, Knüppel, Winkelleisen zc. gemeldet; gewöhnliches Stabeisen ist dort 5 Sch. theurer; Bleche sind hingegen gedrückt; Schwarzbleche (Doublers) notiren um Pfd. St. 6,5 bis 6,15. Birmingham's Export erscheint ziemlich angeregt, namentlich nach Kanada und auch nach Südafrika in Folge des gesteigerten Bedarfs der Minen; nach China und Japan werden viele Werkzeuge und Maschinen versandt, nach Indien viel Eisenbahn-Brückenmaterial. In Sheffield ist der Geschäftsgang nicht so lebhaft. In der Waffenschmiede-Industrie macht sich der amerikanische Tarif fühlbar, in dessen werden die besseren Waaren noch immer in größerem Maßstabe für die Union verlangt, und man befürchtet hierfür keine Schädigung. Für Weißbleche hat der Export nach Amerika in Folge des gescheiterten Einfuhrzolls so gut wie aufgehört; indes betragen die Verschiffungen von Swansea immerhin 50,040

Risten, gegen Zufuhren von 54,282 Risten; es wird aber befürchtet, daß im Laufe der Zeit die Werke gezwungen werden, ihren Betrieb umzugestalten, um sich auf andere Zweige, z. B. auf Walzen zc. zu verlegen. — Die hier gezeichnete Geschäftslage bestand auch am Schlusse des dritten Quartals noch. Bezüglich des Maschinenbauerstreiks wurde Anfangs September berichtet, daß Aussicht auf Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern vorhanden sei und das Ergebnis ein für letztere günstiges sein werde. Ferner wurde bemerkt: „Die Streikfrage scheint auch dazu angethan, die industrielle Entwicklung Englands in eine neue Phase hinüberzuleiten; es verbreitete sich das Gerücht, daß eine bedeutende Fabrik in Leeds ihr Stablisement schließen und in Deutschland oder Rußland den Betrieb aufzunehmen beabsichtige, um ein für allemal der willkürlichen Handlungsweise der englischen Arbeiter aus dem Wege zu gehen. Es macht sich überhaupt überall das Bedürfnis geltend, sich von der Willkür der Arbeiter, die der gedeihlichen Entwicklung der Industrie im Allgemeinen sehr hinderlich ist, frei zu machen und eine Bewegung gegen die Trades Union in die Wege zu leiten.“ Das alte Drohmittel der Kapitalisten, „die Auswanderung des Kapitals“, wird also auch in England gegen die Arbeiter versucht, voraussichtlich ohne jeden Erfolg. Die englischen Kapitalisten dürften wieder einmal den Roman: „Harte Zeiten“ von Charles Dickens zur Hand nehmen und nachlesen, was dort über ihre „Zerbrechlichkeit“ und über ihre permanente Gefährdung gesagt wird. Die Maschinenindustrie können den Achtstundentag bewilligen, wenn sie wollen, und sie werden ihn bewilligen müssen, wenn es den Arbeitern durch die Länge der Zeit gelingt, sie mürbe zu machen.

Auf dem amerikanischen Eisenmarkt sind Ende Juli die Preise theilweise gesunken und hatten sich von ihrem Fall auch Ende September noch nicht wieder erholt. So notirten Anfangs Juli: Bessemer Roheisen 12—13 Dollars (Ende September 11 bis 12 Dollars), Gießerei-Roheisen 12—12,25 D. (11,50 bis 12,25 D.), Gießerei-Roheisen Nr. 2 11—11,50 D. (10,75—11,25 D.), Kesselfleche 1,20—1,30 D. (1,10 bis 1,20 D.) zc. Diese Preisbewegung ist um so überraschender, als in dem Marktberichte bemerkt wurde, „daß das Geschäft in Eisen bedeutend an Umfang gewonnen hat, und man für Ende des nächsten Monats eine so reichliche Beschäftigung der Werke erwartet, daß dieselbe eine kräftige Preisbesserung herbeiführen dürfte. In Weißblechen sind die Lofobestände ausgesprochen knapp, und da zur Zeit recht lebhaft Nachfrage sich geltend macht, so werden für sofortigen Bedarf volle Preise bezahlt. Eine sehr gute Nachfrage zeigt sich auch für Lieferungen bis zur Mitte des nächsten Jahres, aber die Verkäufer scheuen sich, günstige Angebote zu machen, daher das gegenwärtige Geschäft darin nicht groß ist.“ Und ein Bericht über die allgemeine Geschäftslage in den Vereinigten Staaten lautet: „Die Besserung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten tritt sichtbar in die Erscheinung in den Mehreinnahmen der Eisenbahnen, den erhöhten Abrechnungen der Clearinghäuser, der Preissteigerungen der wichtigsten Waaren, in den günstigen Ergebnissen der Konkursstatistik. Die Gesamteinnahmen der 118 Bahnen, mit einer Länge von 95,000 englischen Meilen, weisen im Juli 1897 eine Steigerung von 4,8 Prozent auf, die bereits im Vorjahre ein Plus von 4 Prozent gegen 1895 ergab. Während der ersten sieben Monate vereinnahmten 115 Bahnen des Uniongebietes 268 Millionen Dollars. Die letzten Clearinghouseziffern sind 20 Prozent höher als im August 1896 mit 1,039,518,500 Dollars, gegen 825,686,900 Dollars des Vorjahres. Die Konkurrenz betragen mit 7 Millionen Dollars kaum die Hälfte des Vorjahres mit 15 1/2 Millionen Dollars. Als Gründe dieser Erscheinung kommen im Wesentlichen in Betracht die gute Getreideernte bei großem Bedarfe in Europa. Die Union ist trotz großer Industrie doch wesentlich vom Export von Rohstoffen und Halbfabrikaten abhängig und zählt 4 Millionen Ackerbauer. Das Bundesackerbau-Bureau schätzt die diesjährige Mehreinnahme im Vergleich zum Vorjahre auf die erhebliche Summe von 500 Millionen Dollars, vertheilt auf folgende Produkte: Weizen, Mais, Vieh, Baumwolle, Kartoffeln, Schafe, Schweine, Wolle. Die Weizenernte in den Vereinigten Staaten werde auf 500—600 Millionen Bushels geschätzt.“ —

Alles in Allem genommen, ist der Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse kein unbefriedigender, aber, was wir bereits eingangs unseres Quartalsberichtes in Nr. 34 der „M.-Z.“ sagten und das heute noch viel mehr zutrifft: Der Gipfel der 1895 begonnenen wirtschaftlichen Prosperität ist überschritten! Es bröckeln bereits manche Preise ab, die Aufträge

lassen nach, Mangel an Arbeit hat in einzelnen Fällen zu Feuerschichten geführt und es müssen daher die Arbeiter in Konfliktfällen sehr vorsichtig und mit Ueberlegung, ohne Ueberstürzung operieren.

Die Gewerbegerichte als Einigungsämter.

Der dritte Abschnitt des Gewerbegesetzes vom 29. Juli 1890 enthält Bestimmungen über die Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt in gewerblichen Streitigkeiten.

§ 61. Das Gewerbegericht kann in Fällen von Streitigkeiten, welche zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses entstehen, als Einigungsamt angerufen werden.

§ 62. Der Anrufung ist Folge zu geben, wenn sie von beiden Theilen erfolgt und die beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber — letztere, sofern ihre Zahl mehr als 3 beträgt — Vertreter bestellen, welche mit der Verhandlung vor dem Einigungsamt beauftragt werden.

§ 64. Das Einigungsamt hat durch Vernehmung der Vertreter beider Theile die Streitpunkte und die für die Beurtheilung derselben in Betracht kommenden Verhältnisse festzustellen.

§ 65. Nach erfolgter Klarstellung der Verhältnisse ist in gemeinsamer Verhandlung jedem Theile Gelegenheit zu geben, sich über das Vorbringen des anderen Theiles, sowie über vorliegende Auslagen der Auskunftspersonen zu äußern.

§ 67. Kommt eine Vereinbarung nicht zu Stande, so hat das Einigungsamt einen Schiedspruch abzugeben, welcher sich auf alle zwischen den Parteien streitigen Fragen zu erstrecken hat.

§ 68. Ist ein Schiedspruch zu Stande gekommen, so ist derselbe den Vertretern beider Theile mit der Aufforderung zu eröffnen, sich binnen einer zu bestimmenden Frist darüber zu erklären, ob sie sich dem Schiedsprüche unterwerfen.

§ 69. Ist weder eine Vereinbarung noch ein Schiedspruch zu Stande gekommen, so ist dies von dem Vorsitzenden des Einigungsamtes öffentlich bekannt zu machen.

Des Weiteren ist in den betreffenden Paragraphen bestimmt, daß die Vertreter der Parteien das fünf- undzwanzigste Jahr zurückgelegt haben müssen — nur ausnahmsweise werden jüngere Vertreter der Arbeiter zugelassen —, daß das Einigungsamt mit vier Beisitzern besetzt sein muß, eine Ergänzung durch Vertrauensmänner erfolgen kann usw.

Regierung und Parlament versprachen sich viel von dieser neuen Einrichtung. Besonders in den Motiven zu dem Gesetzentwurf wurde gesagt, daß Hoffnung vorhanden sei, die Einigungsämter würden viel in Anspruch genommen werden und eine Unterwerfung unter den Schiedspruch würde in nicht seltenen Fällen eintreten.

Inwiefern diese Hoffnung sich bisher erfüllt hat, wird durch einen Artikel in Nr. 429 des „Vorwärts“ dargestellt. Es heißt dort: „Da derartige durch Reichsgesetz organisierte Einigungsämter für Deutschland etwas absolut Neues waren — während namentlich England ähnliche Einrichtungen seit Langem besitzt —, so blieben diese Bestimmungen über die Einigungsämter in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes so ziemlich unbekannt, und erst seit dem Jahre 1894 sind in Deutschland Einigungsämter der Gewerbegerichte in stärkerem Maße angerufen worden.“

Seitdem ist die Benutzung ständig gewachsen, wenn auch bis jetzt noch keine allzugroßen Resultate erzielt worden sind. Für das Jahr 1896 liegt eine Statistik über die Einigungsämter der Gewerbegerichte vor, aus der wir die Hauptzahlen wiedergeben wollen. Insgesamt bestanden 284 Gewerbegerichte; die Thätigkeit als Einigungsamt stellte sich folgendermaßen:

Table with 4 columns: Provinz, Erfolgte Anrufungen, Erzielte Vereinbarungen, Abgelehnte Schiedsprüche. Rows include Prussia, Baden, etc.

Wenn man die Zahl der erfolgten Anrufungen mit der Zahl der überhaupt vorgekommenen Streiks zusammenhält, so zeigt sich, daß die Einigungsämter bis jetzt nur in äußerst seltenen Fällen angerufen werden. Nach der Berechnung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands fanden im Jahre 1896 in Deutschland 483 Streiks statt.

Von den 14 abgegebenen Schiedsprüchen wurden abgelehnt:

Table with 2 columns: Category, Count. Rows: Von den Unternehmern (4), Arbeitern (6), beiden Parteien (1), Zusammen also (11).

Es bleiben mithin nur 3 Fälle übrig, in denen sich beide Parteien den Schiedsprüchen der Einigungsämter unterworfen haben. Dazu kommen nun noch 23 Fälle außeramtlicher Vermittlungsthätigkeit der Vorsitzenden, von denen vier erfolgreich waren.

Table with 2 columns: Category, Count. Rows: Durch Vereinbarungen (18), Unterwerfungen (3), außeramtliche Thätigkeit (4), Zusammen (25).

Auf 483 Streiks 25 einigungsamtliche Beilegungen, das ist kein sehr glänzendes Resultat, womit natürlich nicht gejagt sein soll, daß die Bemühungen, die zur Erledigung von 25 Streiks geführt haben, zwecklos gewesen wären.

Was speziell die einigungsamtliche Thätigkeit des Berliner Gewerbegerichts betrifft, so erfolgten hier im Jahre 1896 zusammen elf Anrufungen, von denen sechs zu Vergleichen und fünf zu Schiedsprüchen führten. Die Schiedsprüche blieben jedoch sämtlich ohne den gewünschten Erfolg, indem die Unterwerfung vier Mal von den Arbeitern und ein Mal von den Unternehmern abgelehnt wurde.

Es werden sodann die Ursachen zu ergründen versucht, welche zur Ablehnung des Schiedspruchs durch die Arbeiter Veranlassung gaben, obgleich nach dem Sachverhalt des Berliner Gewerbegerichts die Arbeiter sich stets sofort bereit erklärt haben, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen. Der „Vorwärts“ sagt ganz richtig, daß einerseits durch die ausschlaggebende Stimme des Vorsitzenden, andererseits durch Abwägung der Machtverhältnisse der streitenden Parteien an Stelle der Gerechtigkeit und Billigkeit, für die Arbeiter ungünstige Schiedsprüche herbeigeführt werden. Es dürfte aber noch ein anderer Umstand hierbei mitwirken. Dr. Blumermann sagt in der letzten Nummer „Das Gewerbegericht“ zum Schlusse eines Artikels, in welchem er Anleitung für Verhandlungen vor dem Einigungsamt gibt: „Wer als Vorsitzender eines Gewerbegerichts oder Einigungsamtes gegenständig wirken will, muß sich klar sein darüber, daß die große Mehrzahl unserer deutschen Arbeiter sich politisch der Sozialdemokratie zuzählt. Er mag sie als politische Richtung bekämpfen, ohne sie zu fürchten und sich so zur Billigung thörichter Maßregeln, wie gewaltthätige Unterdrückung, hinreißen lassen. Aber er muß wissen, daß trotz des scharfen politischen Gegensatzes die deutschen Arbeiter mit den übrigen Berufsständen Glieder eines Volkes sind, daß die Bestrebungen der Arbeiter, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, unbedingt anzuerkennen und ihr Zusammenhänge mit den Gewerkschaften nicht zu bekämpfen, sondern zu fördern ist, auch im richtig verstandenen Interesse der Arbeitgeber!“

Aber selbst wenn das Gerechtigkeitsgefühl der Richter den Parteihass überwiegen würde und die Arbeiter Vertrauen zu den Vorsitzenden der Einigungsämter haben sollten, so ist doch für die nächste Zeit nicht darauf zu rechnen, daß die Gewerbegerichte als Einigungsämter in größerem Maße von den Arbeitern angerufen werden. Schiedsprüche können nur Werth haben, wenn sie im Streit zwischen zwei gleich starken Parteien gefällt werden. Wenn aber, wie dies in Deutschland üblich ist, die eine Partei durch Gesetzgebung und Polizeimaßregeln gehindert wird, zu derselben Nothwendigkeit zu gelangen, wie der Gegner im wirtschaftlichen Kampfe, so haben die schönsten Bestimmungen über Schiedsgerichte und Einigungsämter keinen Werth. Dem Arbeitgeber das freie Koalitionsrecht, dem Arbeiter die Polizeikontrolle auf

Schritt und Tritt, Versammlungsaufösungen, Vereinsverbote, Bestrafung der Sammlungen für Streikzwecke, kurz alle Maßnahmen, welche durch Drehung und künstliche Auslegung der Gesetzesbestimmungen möglich sind, treffen die Arbeiterchaft, während das Unternehmertum ungehindert sich organisieren kann. Oder wird man die neugegründete Unternehmervereinigung zur Versicherung gegen Arbeitseinstellungen unter das Versicherungsgesetz stellen, wie dies bei den Gewerkschaften versucht ist? Schwerlich! Genau so wenig, wie man eine Unternehmerversammlung, die sich mit dem Vereinsgesetzentwurf beschäftigte, für anmeldspflichtig erklärt hat. Die erste Vorbedingung für Einigungsämter und Schiedsgerichte ist volle Vereinigungsfreiheit für die Arbeiter, zum Mindesten aber Gleichstellung der Arbeiter und Unternehmer vor dem Gesetz. So lange die Letzteren sich bewußt sind, daß sie frei schalten und walten können, während den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmert wird, haben sie keine Ursache, die Arbeiterorganisation als zu Recht bestehend anzuerkennen und sie als gleichberechtigte Macht vor einem Einigungsamt zu betrachten.

„Correspondenzblatt.“

Der Bund der Industriellen

hielt am 15. November in Berlin im Hotel „Vier Jahreszeiten“ eine Sitzung ab, zu der der Eintritt nur gegen Vorzeigung einer Einladungskarte gestattet war und in der Fabrikbesitzer D. Weigert einen Vortrag über die Organisation der Arbeitgeber und die Streikversicherung mit besonderer Berücksichtigung der kürzlich gegründeten Streikversicherungs-Gesellschaft „Industria“ hielt.

Die Versammlung war von Industriellen stark besucht. Polizei, die Arbeiterversammlungen selten ohne ihre geschätzte Anwesenheit läßt, war nicht vorhanden.

Der Redner wies einleitend auf die Unterschiede zwischen den Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereinen und den sozialdemokratischen Gewerkschaften hin, wobei er den letzteren die weit größere Gefährlichkeit für die Unternehmer zusprach. Sodann ging er ausführlich auf die größeren Streiks ein, die in den letzten Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt haben. So sei der vorjährige Lithographenstreik bei den Haaren herbeigezogen gewesen. Sächertlich ist dem Redner die Forderung auf Abschaffung der Unfordarkeit und auf Bezahlung der Feiertage erschienen, ebenso die Weigerung der Arbeiter, solche Arbeit auszuführen, die aus Fabriken überwiegen wurde, in denen die Arbeiter streikten. Die Arbeiter hätten schließlich klein beigeben müssen, sie hätten einen Verlust von 400.000 M gehabt und hätten nicht alle wieder Arbeit gefunden, weil die Unternehmer diejenigen Arbeiter, die ihnen in Zeiten der Noth geholfen hatten, mit Recht nicht entlassen hätten. Auch beim letzten Formnerstreik sei es ähnlich gewesen, und man müsse sich fragen, wie vernünftige Menschen aus solchen Gründen einen Ausstand beginnen können.

Da sei es denn dringend Zeit, daß etwas geschehe, nicht nur der Unternehmer wegen, sondern auch, um die arbeitswilligen Arbeiter zu schützen. Der Organisation der Arbeiter müsse die geschlossene Organisation der Unternehmer entgegengesetzt werden. Es sei nicht nöthig, daß der § 152 der Gewerbe-Ordnung, der die Koalitionsfreiheit sicher stellt, aufgehoben werde, weil dann ja vermuthlich auch die Koalitionsfreiheit der Unternehmer eingeschränkt werden würde. Dagegen müsse verlangt werden, daß der § 153, der Bedrohung, Berufsverklärung u. mit Strafe bedroht, mit aller Strenge angewandt werde. Ferner aber müßten die Unternehmer durch Selbsthilfe etwas zu erreichen versuchen. Erstens sollten sich die Unternehmer der einzelnen Branchen zu Berufsorganisationen zusammenthun, um die gemeinsamen Interessen den Arbeitern gegenüber wahrnehmen zu können. Es sollten allgemein gültige Arbeitsordnungen geschaffen werden. Ferner müßten in jeder Branche kostenlose Arbeitsnachweise geschaffen werden, und zwar dürften diese nicht zur Ausschließung derjenigen Arbeiter benutzt werden, die sich bei irgend einem Arbeitgeber mißliebig gemacht haben, sondern höchstens dürfe anderweitig streitenden Arbeitern keine Arbeit nachgewiesen werden. Auch sollten überall Arbeiterauschüsse gebildet werden, damit sich Chef und Arbeiter bei drohenden Konflikten leicht verständigen können. Als drittes Postulat stellt der Redner auf, daß bei ausgebrochenen Streiks regelmäßig die Einigungsämter der Gewerbegerichte um einen Einigungsversuch angegangen würden. Und zwar sei es wünschenswert, daß ein solches Anrufen des Einigungsamtes durch das Gesetz obligatorisch gemacht werde. Selbst wenn dann eine Einigung nicht zu Stande komme, sei es schon ein großer Gewinn, daß durch das Einigungsamt die wirklichen Ursachen, die zu dem Streik geführt haben, vor der Öffentlichkeit klar gestellt werden.

Endlich aber sei es dringend nöthig, daß sich die Unternehmer gegen die ihnen durch Arbeitseinstellungen erwachsenden Verluste versicherten, wie es durch die jetzt gegründete „Industria“ möglich sei. Die Gründung einer solchen Gesellschaft habe bisher Schwierigkeiten gemacht, weil man kein Vierteljahr gehabt habe, wo die berechtigten Streiks aufhörten und die Unberechtigten, die allein unter die Versicherung fallen können, anfangen. Dieses Vierteljahr sei jetzt durch die Vorschrift gegeben, daß regelmäßig, bevor die Versicherungsgesellschaft eintrete, das zuständige Einigungsamt angerufen werden müsse. Erscheinen die Arbeiter nicht vor dem Gewerbegericht oder wird ihr Streik für unbedeutend erklärt, dann trete die Gesellschaft für die Schäden ein. Prinzip der Gesellschaft sei, daß nur der nachweisbar entstandene Schaden, nicht aber entgangener Gewinn verschert werde. Durch diese Einrichtung würden in Zukunft viele unberechtigte Streiks unterbleiben, weil die Arbeiter wüßten, daß der Schaden nicht den Unternehmer, sondern die Versicherungsgesellschaft treffe. Viele arbeitswillige Arbeiter würden davon bewahrt werden, daß unbedeutender Weise an ihr Solidaritätsgefühl appellirt werde, welchem Appel sie

im anderen Fall nur allzu häufig nachkämen. Die Arbeiter würden in Folge aller dieser Umstände nach und nach einsehen, daß sie bisher schlecht geführt worden seien und daß die Vertreter des Kapitals und die der Arbeit nicht verschiedene, sondern gemeinsame Interessen haben. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit werde also dazu beitragen, den Frieden zwischen Kapitalisten und Arbeitern zu schaffen.

Es entspann sich über den Vortrag sodann eine zum Theil recht rege Diskussion. Ein Herr Spinkowski bedauert, daß die Fabrikanten früher die Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine nicht unterstützt haben; hätten sie das gethan, dann würden die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht so groß geworden sein. Der Verband der Berliner Schuhfabrikanten, dem der Redner angehört, habe sich längst auf den Boden der Selbsthilfe gestellt und auch schon häufig Erfolg gehabt. Das richtige Prinzip sei es, wenn die Arbeiter, sofern in irgend einer Fabrik gestreift werde, in der ganzen Branche ausgesperrt würden, und wenn die Unternehmer durch die Statuten ihrer Berufsorganisation, durch Straffestsetzungen gezwungen würden, sich den gefassten Beschlüssen zu fügen. (Wenn aber die Arbeiter nur durch Ueberredung auf „arbeitswillige“ Arbeiter einzuwirken suchen, sich etwaigen Streiks anzuschließen, dann sollen sie bestraft werden! Red. d. „Vorm.“) Er bestritte, daß durch die geplante Versicherung die Arbeitswilligen geschützt werden. Anders läge die Sache, wenn den sämmtlichen „arbeitswilligen“ Arbeitern, auch wenn die Fabrik stillstehen muß, der Lohn weiter gezahlt werde. (Es wird gerufen, das solle geschehen.) Wenn dies geschehe, dann würde jedoch wieder viel Mißbrauch getrieben werden und von den gezahlten Löhnen werde ein großer Theil in die Streikkassen fließen. Das Bestehen der Versicherung werde ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich noch strammer zu organisiren. Sehr große Schwierigkeiten werde es machen, den wirklich entstandenen Schaden nachzuweisen. Das richtige sei seiner Meinung nach die Organisirung der Unternehmer innerhalb der einzelnen Berufe und ebenso die gegenseitige Entschädigung innerhalb der Berufsverbände. Rechtsanwält Dr. Lubszynski, der zu den Gründern der „Industria“ gehört, theilt mit, daß die Zahlung des Lohnes an die arbeitswilligen Arbeiter in der That erfolgen werde, daß sich die Gesellschaft dagegen nicht darauf einlassen könne, entgegen dem Gewinn zu versichern. Sie könne nur den nachweisbaren entstandenen Schaden vergüten. Herr Bry, Vorstandsmittglied der Freien Vereinigung der Berliner Holz-Industriellen, erzählt ebenfalls einiges aus seinen Erfahrungen. In den Arbeiter-Ausschüssen habe er kein Vertrauen. In seiner Branche beständen solche fast überall. Aber die Arbeiter hielten sich in allen Streitfällen an ihren Holzarbeiter-Verband. Die zu den Arbeiterausschüssen gehörenden Arbeiter erklärten einfach, sie könnten keine Abmachungen treffen, sondern müßten erst abwarten, welche Weisungen sie von „oben“ bekämen. Bei dem Tischlerstreik im Frühjahr 1896 habe das Einigungsamt den Arbeitern einstimmig Unrecht gegeben; trotzdem aber hätten die Arbeiter ihre Forderungen durchgesetzt, weil unter den Unternehmern keine Einigkeit gemein sei und die kleineren Unternehmer erklärt hätten, sie seien bisher den großen gefolgt, könnten es jetzt aber nicht mehr aushalten und müßten den Forderungen der Arbeiter nachgeben. Für solche Fälle sei eben die Versicherung sehr praktisch. Auch bei den vielen aus Anlaß des 1. Mai entstehenden Streiks werde sie für die Unternehmer vortheilhaft sein. Außerdem aber müsse man neben den materiellen Vortheilen auch den moralischen Einfluß, den das Bestehen der Versicherung auf die Arbeiter machen werde, berücksichtigen. Bisher hätten die wohlorganisirten Arbeiter das Gefühl gehabt: wir werden gut unterstützt, während ihr Unternehmer große Schäden erleidet. Das werde in Folge der Versicherung anders werden. — Auf eine Anfrage des Redners, was die Versicherung den Industriellen kosten werde, erwidert Weigert, daß man darüber noch nichts in die Öffentlichkeit gelangen lassen könne, weil die mathematischen Berechnungen noch nicht abgeschlossen sind. — Zum Schluß gibt Herr Willner, Generalsekretär des Verbandes deutscher Kaufleute und Industrieller, der Meinung Ausdruck, daß innerhalb der Gesamtunternehmerchaft eine Interessensolidarität nicht bestehe, sondern nur innerhalb der einzelnen Branchen. Deshalb sage er: Organisiert Euch, aber nach Berufen! So machen es die Arbeiter auch. Zum Schluß wurde die folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit einer Gesamtorganisation der Arbeitgeber in vollem Umfange an und begründet den Plan einer Versicherung gegen Verluste durch Arbeitseinstellung als den ersten Schritt hierzu um so freudiger, als dadurch gleichzeitig ein wirksames Mittel zur Verhütung unberechtigter Ausstände gegeben wird.

Eine reine Gesellschaft.

- Zur Vorbereitung künftiger handelspolitischer Maßregeln ist ein wirtschaftlicher Ausschuß gebildet worden, in welchen seitens der Regierung nur Feudalherren des Großgrundbesitzes und die Feudalherren des Großindustrialsmus oder deren Geschäftsführer berufen wurden.
- Man urtheile selbst!
- Rittergutsbesitzer von Arnim auf Güterberg, Bergwerks- und Majoratsbesitzer Graf v. Ballestrem in Pommern,
 - Kommerzienrath Collenbusch in Dresden,
 - Fabrikbesitzer von Dreßke in Sommerda, der Fündnadelmüller,
 - Rittergutsbesitzer, Kammerherr Dr. v. Frege in Abtaundorf,
 - Geheimer Kommerzienrath Frenzel in Berlin,
 - Kommerzienrath Frey in Wülhausen i. G.,
 - Geheimer Kommerzienrath Herz in Berlin,
 - Majoratsbesitzer Graf von Knaut in Podangen,
 - Gutsbesitzer Klein in Wertheim,
 - Geheimer Regierungsrath König in Berlin,
 - Fabrikbesitzer Krafft in Schwesheim,
 - Großhändler Laeisz in Hamourg,
 - Kommerzienrath Lang in Blaubenzen,
 - Rittergutsbesitzer Graf v. Loß-Wijzen in Weeze,
 - Dr. Marzins in Berlin,
 - Geheimer Kommerzienrath Michel in Mainz,
 - Kommerzienrath Möller in Braukwee,
 - Rittergutsbesitzer v. Bloeg in Döllingen,

- Domänenrath Rettich in Rostock,
- Direktor Rieppel in Nürnberg,
- Rittergutsbesitzer Graf v. Schwerin in Bismig,
- Reichsrath Freiherr v. Soden in Neuenhagenhofen,
- Konful Teschenborff in Königsberg i. Pr.,
- Geheimer Kommerzienrath Vogel in Chemnitz,
- Hüttenbesitzer Wopelius in Sulzbach,
- Oberberggrath a. D. Dr. Wadler in Berlin,
- Kommerzienrath Weidert in München,
- Kommerzienrath Widenmann in Stuttgart,
- Oekonomierath Winkelmann in Haus Köbbing

Diese dreißig Ausdiesenen sind eine geschlossene Kampfgruppe von Hochrollnern, von Liebesgaben und Beutepolitikern.

Agrarier und Schlotbarone gehen nach dem Grundsatz: Da ut des (ich gebe, damit Du gibst) Hand in Hand, scheren ihre Schäfchen auf Grund eines Versicherungsvertrages auf Gegenseitigkeit, gerade wie 1879, als Bismard die Verbrüderung der Ritter mit Kr und Palm und der Schornsteinjunker dadurch begründete, daß er ihnen Industrie- und Agrarzölle gab.

Haut du meinen Juden, hau' ich deinen Juden, gibst du mir Getreidezölle, geb' ich dir Eisenzölle.

Die große Masse der Verbraucher, die Liebesgaben-Mißwirthschaft wird verewigt, auf daß Standesherrn und Kommerzienräthe, diese berufenen „Volksvertreter“, nicht zu kurz kommen.

Wozu Arbeiter in solch einen Ausschuß entsenden! Unter sich wollen die Herren sein. Glück auf zur frühlichen Schur!

Aus Oesterreich.

Wien, 18. November.

Die von uns bereits gemeldete Konstituierung des „Bundes Oesterreichischer Industrieller“ hat am 14. November in Wien stattgefunden. Den österreichischen Arbeitern erwächst durch diese Organisation der Fabrikanten ein nicht zu unterschätzender Segner, da der ausgesprochene Zweck der Vereinsgründung hauptsächlich die Abwehr der natürlich utopischen und unberechtigten Forderungen der ausbeutenden Lohnsklaven ist. Diese Kampfbewegung der österreichischen Industriellen soll nach dem Muster der deutschen Fabrikantenvereinigungen eingerichtet werden und wird dieser Hinweis den Lesern dieses Blattes vollständig genügen, um über das Bestehen der österreichischen Unternehmer Klarheit zu erlangen. Wir sind überzeugt, daß dieser gegen die moderne Arbeiterbewegung gerichtete Schritt der Fabrikanten Straftath und Kräftigung unserer Bewegung zur Folge haben wird.

Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1898 beziffert den Gesamtaufwand für die Gewerbeinspektion mit insgesamt 181,360 fl., wovon 15,900 fl. durch Einnahmen gedeckt sind. Das Institut der Gewerbeinspektion umfaßt gegenwärtig 1 Zentral-Inspektor, 6 Ober-Inspektoren, 19 Gewerbeinspektoren und 24 Inspektionsassistenten. Für das kommende Jahr ist die Errichtung eines neuen Aufsichtsbezirks im nordwestlichen Böhmen geplant, wodurch die Zahl der Beamten um 1 Inspektor und 3 Inspektionsassistenten vermehrt werden wird.

Ueber die Lage der Metallindustrie ist zu berichten, daß dieselbe, zufolge der Meldungen der Unternehmerblätter, keine besonders günstige ist. In Sommerzeiten geht es immer schlechter, so daß viele Stabierwerke, namentlich kleineren und mittleren Umfanges, ihren Betrieb stark reduziert haben, theilweise sogar bis zur Hälfte. Die angeblich ungünstige Lage wird noch dadurch verschärft, daß auch die Ausichten für eine baldige Besserung der Verhältnisse sehr geringe sind. In Bauen hat sich, der vorgerichteten Saison entsprechend, die Nachfrage weiter verringert. Verhältnismäßig zahlreiche und lohnende Aufträge liegen hingegen vor für Eisenbaumaterial und Konstruktionszeisen. Auch der Export hat sich um geringes erhöht.

Der Streik der Kupferarbeiter dauert fort. Die Fabrikanten, die sich bisher hartnäckig weigerten mit den Arbeitern in Unterhandlungen einzutreten, forderten heute die Streikenden auf, ihre Vertreter nachhaft zu machen, damit eine Beprechung zwischen den Delegirten der Arbeiter und den Unternehmern stattfinden könne. Die Situation ist für die Streikenden sehr günstig, da die Koalition der Unternehmer bereits gebrochen ist und Uneinigkeit unter denselben herrscht. Die Streikenden, die von einzelnen Wachorganen in der größtmöglichen Weise beschimpft werden, entsandten eine Deputation in das Polizeipräsidium, um gegen dieses Vorgehen Beschwerde zu führen. Seitens der Polizeidirektion wurde der Deputation die Unterjagung dieser Angelegenheit zugesagt und ist nun zu hoffen, daß der Ueber-eifer der einzelnen Beamten einen Dämpfer erhalten wird.

Die Geiger der Wiener Firmen Wühlhäuser, Müller, Zeißer u. Habiger, Mund und Melzer freieren noch immer. Die Nagelschmiede in Mauth (Böhmen) sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern: Für Erzeugnisse bis zum Gewicht von 1 1/2 Klg. 20 Proz., bis 3 1/2 Klg. 15 Proz., über 3 1/2 Klg. 10 Proz. Lohnerhöhung.

In der Budapester Feilenhauerei des Jiban Gaa l stellen am 9. d. M. die Feilenhauer die Arbeit ein, weil der Unternehmer unter anderem den Arbeitsnachweis der Gehilfenschaft nicht anerkennen wollte.

In der Sangerhausen'schen Weberei in Budapest wurde den Arbeitern ein 30prozentiger Preisanzug angekündigt. Dank der Gümmlichkeit der Arbeiter, welche mit dem Ausstände drohten, wurde jedoch diese Maßregel nicht durchgeführt.

Zur Achtstundensbewegung der englischen Maschinenbauer.

C. London, 19. November.

Am Mittwoch, den 18. November, fand die Präliminar-Sitzung zu der Konferenz statt. Gegenwärtig waren als Vertreter des Unternehmervereines Thort Dner, Mr. Andrew Henderson aus Glasgow und Mr. D. Wiggert, Sekretär des Unternehmervereines; als Vertreter der Metallarbeiter M. G. Barnes, Generalsekretär des A. S. C.

und Mr. Alfred Sellicks, Präsident des A. S. C. Dem Vorschlag des Handelsamtes entsprechend sind folgende Punkte angenommen:

1. Die Konferenz findet in Westminster, Palace-Hotel, nächsten Mittwoch, den 24. November 1897, um 11 Uhr statt.
2. Jede Partei wird 14 Vertreter haben.
3. Jede Partei wird ihren eigenen Vorsitzenden haben.
4. Waffenstillstandsbedingungen. Erstens: Die Unternehmer ziehen die Aussperrungsnotizen zurück, die noch nicht zur Ausführung gebracht sind. Zweitens: Während des Tagens der Konferenz molestiren die betreffenden Metallarbeiter in keiner Weise die in Arbeit stehenden Arbeiter (Streikbrecher).

Es ist nicht anzunehmen, daß die Metallarbeiter den Achtstundentag fallen lassen werden. Eine eben abgehaltene Abstimmung über eine weitere Erhöhung des wöchentlichen Ertrahetragens um 6 Pence ist mit 24,200 gegen 450 Stimmen angenommen worden. Bei früheren Abstimmungen betheiligten sich höchstens 8000-10,000.

Der monatliche Bericht des Sekretärs der Maschinenbauer für Oktober zeigt einen Zuwachs von 192 Mitgliedern. Altersversicherung haben erhalten 2994, Krankengeld 1666, Streikunterstützung 25,362.

Der Bericht der Feinmechaniker für Oktober zeigt, daß noch 24 Mitglieder Streikunterstützung erhalten; die ursprünglich größere Zahl der Ausgesperrten erhielt anderweitige Beschäftigung.

Die Londoner Kesselschmiede haben die Arbeit wieder aufgenommen unter denselben Bedingungen, wie sie vom Komitee der gesammten Kesselschmiede am 14. Oktober (vor dem Streik) mit den Unternehmern unterzeichnet wurden. Das Komitee derselben hat demnach die Oberhand behalten.

In einer Versammlung zur Unterstützung der Streikenden, in welcher Sir Charles Dilke den Vorsitz führte, sagte derselbe, daß man über den Achtstundentag in einer Klemme läge. Er selbst sei für einen gesetzlichen Achtstundentag. Wenn man jedoch an das Parlament appellirte, so riefen man den Arbeitern zu, ihn auf gewerkschaftlichem Wege zu erlangen. Mochte man dann den Versuch, ihn auf diese Weise zu erlangen, so hieße es wieder, daß man die Industrie aus dem Lande triebe. Während die Arbeitgeber anderer Branchen sich besser verständigten mit den Arbeitern, hatten die Unternehmer der Metallindustrie entbeht, daß die Trade Unions ihnen Vorschriften machen wollten betreffs der Anwendung von Maschinen (Hilfsverfertigungsmaschinen). Diese Anschuldigung sei jedoch vollständig unbegründet. Ein anderer Punkt sei die ausländische Konkurrenz, die sie (die Unternehmer) — ihrer Aussage nach — nicht aushalten könnten. Er glaube nicht daran, denn nach den Unternehmern sei kein Geschäft profitabel. (Lautes Gelächter und Beifall.) In seinem Bericht über das Marine-Budget an die französische Budgetkommission beweise jedoch De Kerjegu das Gegentheil, denn in derselben Zeit, in der man in Frankreich drei Kriegsschiffe baue, baue man vier in England.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Bezüglich der für die englischen Maschinenbauer aufgebrauchten Unterstützungsbeiträge geben wir bekannt, daß Gelder nach wie vor an die Adresse des Hauptkassiers

Ch. Werner, Stuttgart, Neckarstr. 160/1,

zu senden sind und stets auf den Postabschnitten der Zweck der Sendung anzugeben ist.

Wir haben in letzter Zeit mehrfach die Erfahrung gemacht, daß hinsichtlich der Ausfertigung von Ersatzmitgliedsbüchern für verlorene oder sonst abhanden gekommene Mitgliedsbücher noch große Unklarheit herrscht und geben wir zur Aufklärung das Nachstehende bekannt:

Hat ein Mitglied sein Buch verloren, so hat es dies der Ortsverwaltung womöglich unter Angabe der Hauptnummer anzuzeigen. Die Ortsverwaltung hat genau festzustellen, ob die gemachten Angaben über die Personalien stimmen und unter Mittheilung der Letzteren an den Vorstand die Ausstellung eines Ersatzbuches zu beantragen. Der Antrag muß also enthalten die Hauptnummer, den Tag und Ort des Eintritts, den Tag, Ort und das Jahr der Geburt, den Beruf, den Vor- und Zunamen und die genauen Angaben darüber, wie weit die Beiträge gezahlt sind. Die Angabe, daß der Inhaber eine bestimmte Zahl der Beiträge bezahlt hat, genügt nicht, sondern es muß genau die Woche im Monat bezeichnet sein, bis zu der bezahlt wurde, z. B.: „Die Beiträge waren im verlorenen Buch bis einschließlich 3. Woche August d. d. quittirt.“ Hat das Mitglied im letzten Jahre Mitgliedsbuch erhalten, so ist dies ebenfalls zu berichten. In diesem Falle ist genau anzugeben, wann er die Karte begonnen, wann er sie beendet und wie viel Mitgliedsbuch er im Ganzen erhoben hat.

Für reisende Mitglieder gilt außer Obigem noch das Folgende:

Die Ausstellung eines Ersatzbuches erfolgt nur dann, wenn die bis zum Tage des Verlustes gemachte Tour, sowie die zuletzt berührte Mitgliedsbuchstelle glaubhaft nachgewiesen wird. Seitens der die Ausstellung eines Ersatzbuches beantragenden Ortsverwaltung sind ebenfalls genaue Mittheilungen über die etwa von dem Mitgliedsbuch abgezogenen und im Buche quittirten Beiträge zu machen, sowie die Höhe der bis zum letzten Zahlorte empfangenen Wanderunterstützung anzugeben.

Sind genaue Mittheilungen über die gezahlten Beiträge nicht möglich, so hat das Mitglied die Mitgliedsbuch-Zahlstellen, die das Mitgliedsbuch um die Beitragsleistung gefüllt haben, anzugeben. In dies auch nicht möglich, so gelten die Beiträge nur soweit als gezahlt, wie sie von dem Mitgliedsbuch am letzten Arbeitsort berichtet wurden.

Die Ausstellung eines Ersatzbuches erfolgt durch den Verbandsvorstand gegen Entrichtung von 20 s und Ersatzung der Postkosten.

Die Beiträge für Ausfertigung und Zusendung eines Ersatzmitgliedsbuches sind dem Antrage beizufügen, andernfalls ein Buch nicht ausgemittelt werden kann, da es schon mehrfach vorgekommen ist, daß Dieser oder Jener heute ein Ersatzmitgliedsbuch bestellt, ohne es später von der betreffen-

den Ortsverwaltung abzuholen oder sich überhaupt noch darum zu kümmern.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten. Nr. 56424 des Feilenhauers Richard Schmidt, geb. zu Frankfurt a. D. am 4. Mai 1874. 78424 des Goldarbeiters Richard Friedrich Kast, geb. zu Pforzheim am 3. April 1876. 80618 des Schlossers Walter Nubelisen, geb. zu Neufelwig am 2. Februar 1875. 108629 des Mechanikers Albert Jakobsen, geb. zu Hamburg am 7. März 1877. 114030 des Schlossers Gustav Sturm, geb. zu Braunschweig am 2. März 1859. 177967 des Metallschlägers Moiss Smutny, geb. zu Svedlau in Böhmen am 9. November 1876. 185423 des Metallgießers Carl Seifert, geb. zu Vogelheim am 16. Januar 1874.

Der in der Bekanntmachung in Nr. 6 d. Btg. ds. Zs. ausgehobene Schlosser Franz Budecke, geb. zu Braunschweig a. Havel am 10. Juli 1864, damalige Mitgliedsbuch-Nr. 98 909, darf nunmehr wieder in den Verband aufgenommen werden.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Chefodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160/17, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Die Mitglieder Josef Brenner, geb. zu Wödingen am 15. Oktober 1873, Buch Nr. 149388, und Paul Skorupa, geb. zu Wittkau am 29. Juni 1860, B. Nr. 76 032, werden hierdurch um Abgabe ihrer Adresse gebeten.

Diejenigen Verwaltungen und Mitglieder, die zur Ermittlung derselben beitragen können, werden gebeten, dies zu thun.

An die Metallarbeiter Deutschlands!

Kollegen, bereits seit 9 Wochen stehen die Schlosser, Dreher und Hilfsarbeiter der vormals Bernh. Störmer'schen Nähmaschinen- und Fahrradfabriken zu Stettin im Ausstand, weil denselben von der Fabrikleitung Abzüge zugemutet wurden, die alles auf diesem Gebiete bis jetzt Angehendes in den Schatten stellen. Abzüge in den einzelnen Fällen von 15-60 Prozent, im Durchschnitt von 40 Prozent glaubte die Direktion ihren im Fahrradbau beschäftigten Arbeitern machen zu dürfen, nachdem man kurz vorher den im Nähmaschinenbau beschäftigten Leuten freiwillig einen kleinen Lohnzuschlag gewährt hatte, um dieselben im Kampfe zu neutralisieren.

Aber hier hatten die Herren die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Die im Nähmaschinenbau beschäftigten Arbeiter erklärten, bei einer derartig um das Wohl ihrer Arbeiter besorgten Firma nicht den mühsigen Zuschauer spielen zu können, sondern sich mit ihren Arbeitskollegen solidarisch erklären zu müssen. Die Direktion erleichterte den Nähmaschinenbauern, resp. beschleunigte den Beschluß derselben dadurch, daß im Anschluß an eine Versammlung 5 Schlosser unter Vorwänden entlassen wurden, die zu einer gerichtlichen Klage der Fabrik gegen diese Kollegen führten.

Nachdem unsere 5 Kollegen am 19. November von dem Schöffengericht in Stettin von der Anklage, die Fabrik mit Vorbehalt betrogen zu haben, kostenlos freigesprochen wurden, dürfte man wohl erwarten, daß dieser Differenzpunkt bei künftigen Verhandlungen zwischen beiden Parteien ausgemacht wird.

Für die Direktion aber ist dieser Prozeß zweifellos eine bittere Lehre gewesen, um in Zukunft nicht allzu vorzeitig Leute, die 10-13 Jahre für die Fabrik sich geschunden haben, in der Öffentlichkeit als gemüthliche Betrüger zu hinstellen.

Kollegen Deutschlands, wenn je ein Kampf berechtigt war, so ist es derjenige, in dem wir uns befinden, nicht wir haben denselben verschuldet, wir befinden uns in der Abwehr. Wir meinen, das waren wir uns, das waren wir der ganzen Arbeiterchaft Deutschlands schuldig, derartige Maßnahmen des Unternehmertums mit Entschiedenheit zurückzuweisen.

Auch an uns liegt es nicht, wenn sich der Ausstand noch mehrere Wochen hinschleppen sollte, wir haben der Direktion wiederholt Verhandlungen angeboten, aber ohne jeden Erfolg für unsere Sache, ja auf unsere letzte Forderung vom 13. November warten wir bis heute vergeblich auf Antwort.

Als letzten Versuch haben wir das Stettiner Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, aber mit demselben negativem Erfolg. Die Direktion rechtfertigt in einem längeren Schreiben an den Vorsitzenden des Gewerbegerichts ihren ablehnenden Standpunkt. Das finden wir begreiflich, aber unverständlich sind die in demselben enthaltenen Ausfälle gegen die Streikenden.

Wir erklären es einfach für eine Erfindung, daß wir Leute als Streikbrecher in die Fabrik geschickt haben um dem Auftrag, recht faul zu arbeiten, um der Direktion zu beweisen, daß bei den neuen Streichen nicht auszukommen ist. Die 3 Streikbrecher, die freiwillig diesem Elend den Rücken gekehrt, haben eben eingesehen, daß die von ihnen verdienten Löhne überall zu haben sind und zwar ohne Streikbrecher zu werden.

Kollegen Deutschlands, wir haben nun, um einen ehrenvollen Vergleich zu erzwingen, freiwillig in einem Abzug von 20 Prozent gewilligt, ja noch mehr: wir haben unsere Kommission für die Verhandlungen frei gebundenen Mandat gegeben. Alles umsonst, das Kapital verlangt bedingungslose Unterwerfung, und sagen wir uns dem, dann wird der Direktion allerdings irgendwelcher Auslöse unter uns halten, und amantlich Führer der polnischen wie gewerkschaftlichen Bewegung aussperren.

Darum bitten wir Euch, haltet den Zuzug nach Stettin fern. Jeder, der Streikbrecher aus allen Theilen Deutschlands nach Stettin geschickt und nicht unwar. sind

wir in der Lage gewesen, dieselben wieder abzuschieben, auch aus den eigenen Reihen haben wir einen Theil Ueberläufer zu verzeichnen, aber nicht so viel, als daß wir Ursache hätten, unthätig zu sein. Nein, im Gegentheil, noch am 18. November wurde in der Versammlung einstimmig beschlossen, den Streik nach wie vor aufrecht zu erhalten und geschieht dies, so ist der Sieg unser.

Im Ausstand befinden sich noch 412 Kollegen, abgereist sind bis jetzt 148 Kollegen.

Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck gebeten.

Korrespondenzen.

Klempner.

Braunschweig. Zuzug von Klempnern nach hier ist von Junge (Mechwaarenfabrik) Differenzen wegen, fernzuhalten.

Cassel. Am 17. November fand in Wagner's Lokal eine öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure statt. Kollege Pinfert referirte über den ersten Punkt: Sind die Klempner und Installateure Cassels gewillt, den 9stündigen Arbeitstag zu fordern? Redner erläuterte eingehend, wie notwendig es gerade für die Klempner ist, die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Zur Ausübung ihres Berufes sei ein reger Geist erforderlich, der jedoch bei der langen Arbeitszeit und dem Aufenthalt in der durch Säuredümpfe erfüllten Luft unmöglich sei. Redner führt auch an, daß in England, Amerika usw. der achtstündige Arbeitstag schon theilweise eingeführt ist, allerdings auch nicht ohne Kampf, wie wir es jetzt wieder an dem gewaltigen Ausstand der englischen Maschinenbauer sehen. Auch zeigt er den Versammelten, daß es am hiesigen Orte einzelne Organisationen gibt, die durch gemeinschaftliches Vorgehen Vortheile für sich errungen haben, so die Schreiner, die im vorigen Frühjahr, ohne in den Ausstand zu treten, sich den 9 1/2stündigen Arbeitstag erworben haben. Das sei auch für die Klempner ein Vortheil, wenn sie alle fest zusammenhalten. Nachdem noch einige Redner gesprochen, gelangte nachstehende Resolution zur Annahme: "Die heute tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten bezüglich der Forderung des neunstündigen Arbeitstages einverstanden und verpflichtet sich die Anwesenden, nach jeder Richtung für eine weitgehende persönliche Agitation einzutreten und somit der Forderung des Neunstundentages für die Folge Geltung zu verschaffen. Weiter verspricht die Versammlung, Alles anzubahnen, um alle Kollegen zu diesem ausgesprochenen Zwecke dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen." Die Wahl einer Lohnkommission und Wahl von Werkstatt-Delegirten wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Dieselbe findet am 30. November, Abends halb 9 Uhr, statt.

Minden i. W. Es wird erjucht, den Zuzug von Klempnern von der Firma D. Zimmermann fern zu halten.

Metall-Arbeiter.

Halberstadt. Der Streik bei der Firma Kühne u. Nühl dauert fort. Die streikenden Arbeiter riefen das Einigungsamt an, aber von den Vertretern der Firma wurde jede Vermittlung entschieden abgelehnt. Bis jetzt ist für die Streikenden noch kein Erfolg da. Nur zwei junge Schlossergehilfen, welche in einer hiesigen "Schlossergehilfenfabrik", einer Hütte mit einem halben Duzend und noch ein paar Lehrlingen, aber keinen Gesellen, gelernt haben, haben angefangen. Sönnen wir der Firma diese Kräfte. Weil die Unterneher jede Einigung brüskt zurückgewiesen, so bemühen sich die Arbeiter um andere Stellen und sind schon eine Anzahl abgereist.

Halsbach. Wenn heute ein Arbeiter immer noch eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit erlidsit, so möge er sich zur Befreiung Folgendes dienen lassen. Bei der Firma Brauch daher kommt es nicht darauf an, einen Arbeiter mit nichts dir nichts auf das Straßenspflaster zu werfen. So wurde vor nicht allzulanger Zeit ein Arbeiter ohne stichhaltigen Grund plötzlich entlassen, und ohne das demselben sein entsprechender Lohn für 14tägige Minderungszeit ausbezahlt wurde. Es kommt auch sehr niemals vor, daß die Arbeiterinnen nach gesetzlicher Vorschrift Sonnabends um halb 6 Uhr die Fabrik verlassen können. Die Aborte sind so mangelhaft, daß die Arbeiterinnen durch die Bretterwand in die Abtheilung der männlichen Arbeiter hineinschauen können. Für die Arbeiter sind die Aborte ohne jeden Verschlag nebeneinander in einem Raum. Obwohl diese geisteswidrigen Zustände von dem Herrn Fabrikinspektor schon beanstandet wurden, so hat die Firma aber bis heute noch keine Abänderung vornehmen lassen. Es wäre daher angebracht, wenn der Herr Fabrikinspektor sich wieder einmal darüber informieren würde. Aber auch Sache der Arbeiter ist es, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen, um bessere Arbeitsverhältnisse und Löhne herbeizuführen. Nur durch einen festen Zusammenschluß ist es möglich, Erfolge zu erzielen. Darum, ihr Metallarbeiter Halsbachs, weg mit Eurer Gleichgültigkeit und schließt Euch dem Metallarbeiter-Verband an. Der Einzelne kann nichts erreichen, aber geschlossen seid Ihr eine Macht.

Saazauer. Die am 8. November hier abgehaltene erste öffentliche Metall- und Eisenarbeiter-Versammlung im "Saltpor" war von etwa 120 Bewerksangehörigen besucht. Kollege Bornmann referirte in derselben über: "Die Verhältnisse im Dreherberufe und wie können wir dieselben bessern?" Insbesondere ging Redner auf die perodisch auftretende Ueberarbeit ein, wozu es folgende Gründe giebt, indem er einzelne Beispiele aus den verschiedenen Branchen heranzog. Redner ging auf die Umstände der Kollegen, die Gewerkschaften hätten keinen Zweck, ein, demgegenüber betonte er, daß der einzige Weg, bessere Verhältnisse zu schaffen, der sei, sich dem D. M. A. anzuschließen. Es seien sich 16 Kollegen in den Verband einzutreten. Hoffentlich werden wir in nächster Zeit den größten Theil unserer Kollegen organisiert haben.

Rechen. Am 6. November hielten wir unsere Mitglieder-Versammlung ab, welche, wie immer, sehr lebhaft besetzt war. Im "Berichtsbogen" wurde vom Kollegen H. gefragt, ob seine Löhne für die englischen Maschinenbauer

vorhanden seien; dies wurde bejaht. Darauf wurde der Antrag gestellt und auch angenommen, daß in den Versammlungen keine Listen mehr zirkuliren sollten, denn dieses trage viel dazu bei, daß die Versammlungen so schlecht besucht seien. Die Listen sollen an den Bahntagen in den Werkstätten zirkuliren. Zu der nächsten Versammlung wurde Kollege Wisjell-Kiel als Referent vorge schlagen. Nun müssen wir diejenigen Kollegen, die es angeht, noch darauf hinweisen, wie nothwendig es ist, unsere Versammlungen zu besuchen und sich uns anzuschließen. Dieses werden auch die Kollegen vom Heshoer Eisenwerk einsehen müssen, denn auch sie werden sich sagen müssen: Wir sind selber schuld daran, wie mit uns umgesprungen wird.

Lauenburg (Elbe). Am 14. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Kollege J. Birner-Hamburg hielt einen Vortrag über: Die Zweckmäßigkeit einer guten Organisation. Hauptsächlich auf die strammten und kräftigen Organisationen der Engländer, ging er speziell auf den D. M. A. ein und forderte die Anwesenden zum Beitritt und treuen Festhalten am Verband auf. Der Kassirer gab die Höhe des Eintrittsgeldes, sowie des wöchentlichen Beitrags bekannt, wozu sich 7 Mann zum Beitritt meldeten. Ueberhaupt gedachte noch des verstorbenen Genossen Grillenberger, die Versammlung erwies ihm die letzte Ehre. Mit einem Hinweis auf die Sammellisten für die englischen Maschinenbauer und einem Hoch auf den D. M. A. wurde die Versammlung geschlossen.

Hilfen. Die Aussperrung der Mechaniker in der Robenstod'schen Fabrik dauert fort. Trozdem Herr Robenstod Versprechungen für den Fall machte, daß die Leute aus dem Verbands austreten, (er wolle eine Krankenkasse errichten, Urlaub geben, eine Fabrikantine, eine Bibliothek errichten, Arbeiterwohnhäuser bauen, Wochenlohn zahlen), ist bis jetzt Niemand auf den Leim gegangen. Denn Herr R. hat die Arbeiter schon zu oft mit derlei Versprechungen bedacht, so daß keiner mehr darauf hineinfällt. Bis jetzt ist es Herr R. noch nicht gelungen, Erfolg zu bekommen. Inwiefern es an Arbeitskräften mangelt, zeigt der Umstand, daß Herr R. einem noch sehr jungen Verbandsmitgliede eine sofortige Lohnerhöhung geben wollte; derselbe blieb aber unserer Sache treu.

Neumünster, 14. Nov. Konferenz der Metallarbeiter von Schleswig-Holstein und Lübeck. Die Konferenz wurde um 3 Uhr Nachmittags vom Vertrauensmann Kollegen Stich-Neudoburg im Restaurant "Sankt-Johann" eröffnet. Vertreten waren 13 Orte durch 19 Delegirte, darunter 2 aus Hamburg. Ein Delegirter aus Schleswig kam während der Verhandlung noch hinzu. Ins Bureau wurden gewählt als: 1. Vorsitzender H. Wisjell-Kiel, 2. Vorsitzender Wuggager-Hamburg, Schriftführer Th. Jakob-Glensburg. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Vertrauensmannes, erhält derselbe das Wort und berichtet eingehend über die Agitation in der Provinz. Es sind während der letzten 3 Jahre von Rohrlack Versammlungen abgehalten worden in 16 Orten, von Segitz in 7, von Wisjell in 4 und von Stich in 3. Eine Zahlstelle (Klempner, Flensburg) ist eingegangen, eine andere (Formner in Büdelstorf) wurde erwidert. Von den Referenten wurde die Abrechnung für richtig befunden. Die Konferenz erteilte dem Vertrauensmann Entlastung und bewilligte ihm auf Antrag der Referenten 25 Mk. Entschädigung für seine dreijährige Thätigkeit. Alsdann folgen die Berichte der Delegirten der einzelnen Orte. In Wandsbeck sind von 300 Metallarbeitern 72 organisiert, mehrere an der Straßenbahn beschäftigte, haben sich, um nicht entlassen zu werden, bisher dem Verbands nicht angeschlossen. In Kiel gehören von 4000 Metallarbeitern 310 der allgemeinen Zahlstelle an; dieses ist ungefähr der dauernde Bestand. Bei den Klempnern (160 Mitglieder) ist es gelungen, den Stundenlohn von 36 auf 39, bei einigen auf über 40 S hinaufzubringen. In Neumünster sind von 700 Metallarbeitern 35 organisiert. Die Arbeitszeit dauert nicht selten 12 1/2 Stunden. In Altona waren früher in 3 Sektionen 300 und jetzt 800 Mitglieder. Leider hätten sich die Feilenhauer aus Kostengeiz abgelehnt. In Verreß der städtischen Aufnahmen könnte Redner noch keine bestimmte Aussagen machen.

Lauenburg: Der Stand der Organisation ist ein guter. Die Werftarbeiter würden sich wohl in nächster Zeit noch mehr anschließen. Leider sei zu rügen, daß der neugegründete Werftarbeiterverband mit seinem niedrigen Beitrag dem Metallarbeiterverband entgegenwirke, so daß es auch nicht ausbleiben würde, daß sich mit der Zeit auf den Werften zwei Organisationen gegenüberständen. Flensburg: vor 3 Jahren war der Mitgliederstand 160, jetzt 340. Das Eintreten der Beiträge im Hause hat sich sehr gut bewährt, so daß in Zukunft zu erwarten sei, daß das Restantenumwesen überhaupt aufhört. In Lübeck sei ein Rückgang der Mitglieder eingetreten, vor zwei Jahren 880, jetzt 650. Ferner seien die Klempner für sich organisiert. Das Einkommen der Beiträge hat sich dort sehr gut bewährt. In Neumünster waren früher 200 Mitglieder, die Zahlstelle hat aber stetig abgenommen, indem die Arbeiter der königlichen Eisenbahnreparaturwerkstätte sich nicht getrauen, sich der Organisation anzuschließen. Heshoer: Vortheil sei nur 2 Fabrikten. 70 Mitglieder sind vorhanden; man könne dieses Restantat wohl als gut bezeichnen, wenn von 8 Formnern 7 organisiert seien. Lübeck: Von 180 Metallarbeitern seien 45 organisiert, der Versammlungsbesuch sei ein guter. In Büdelstorf bei Neudoburg ist die Organisation etwas zurückgegangen. Anfangs waren es 167 Mitglieder, jetzt 112. Schuld daran ist der große Wechsel, indem die Kollegen bessere Arbeitsbedingungen ausfinden als in Büdelstorf herrschen. Auch der Besuch der Versammlungen sei sehr mangelhaft. In Schleswig sind von 32 Metallarbeitern 24 organisiert. Neudoburg zählt 100 Mitglieder. Die Zahl sei früher auch eine größere gewesen. Der Rückgang wäre auf die Fertigstellung des Nord-Ostkanals zurückzuführen.

Nach Schluß der Einzelberichte wurde von einigen Delegirten noch in Betreff des Werftarbeiter-Verbandes geboten; so sich zwei Organisationen auf Werften bilden, die sich in der Werbung der Mitglieder gegenüberständen, soll dieses der Agitationskommission berichtet werden. Anträge zur Agitation. Von Kiel, Flensburg und Neumünster waren Anträge gestellt, für die Provinz eine Agitationskommission einzusetzen. Wisjell-Kiel begründete den Antrag damit, daß ein Mann nicht in der Lage sei, die Agitation so zu betreiben, wie es geschehen sollte. Bei öffent-

lichen Versammlungen sei es sehr gut angebracht, sich mit der Agitationskommission der Maurer, sowie Holzarbeiter in Verbindung zu setzen, um gemeinsame Versammlungen abzuhalten. Ferner würde es mit Freuden begrüßt, daß die Hamburger Kollegen an der Konferenz Theil genommen, da sie doch in der Lage seien, uns agitatorisch zu unterstützen. — Junge-Hamburg erwidert, daß sie es für ihre Pflicht hielten behilflich zu sein wo sie könnten, aber in finanzieller Beziehung könnten sie keine Verpflichtungen übernehmen. Nach kurzer Diskussion wurden die Anträge: „An Stelle des Vertramensmannes eine Agitationskommission, bestehend aus drei Mann, ferner ist dieselbe nach Kiel zu versetzen, angenommen. Kiel bleibt es überlassen, die Kommissionsmitglieder zu ernennen. Weitere Anträge von Hlensburg, Kiel, Altona: „Die Lage der Metallarbeiter statistisch aufzunehmen“, wurden nach längerer Diskussion angenommen, obwohl man sich nicht allzuvielen Versprechungen davon machen dürfe. Von den Hamburger Kollegen wurde empfohlen, erst in den Versammlungen über den Zweck und Nutzen derartiger Aufnahmen die gesammten Mitglieder aufzuklären. Die Anträge von Lübeck pro Mitglied und Quartal 2 M., von Wandsbeck 3 M. zu erheben, wurde nach der Begründung, daß der Vorstand die Agitationskosten bezahlt, angelehnt. Die Verwaltungsstellen könnten nach eigenem Ermessen die Agitationskommission unterstützen. Ein weiterer Antrag: „Vor einer jeden Generalversammlung die Bezirkskonferenz abzuhalten“ wurde angenommen. Dieselbe soll acht Wochen vorher stattfinden. Unter „Verschiedenem“ wurde von Seiten der Kieler Delegierten eine Resolution eingebracht und in folgender Form angenommen: „In Erwägung, daß bezüglich des Herbergsmeieis im Allgemeinen große Uebelstände herrschen, erjucht die Konferenz die einzelnen Verwaltungsstellen, Mittel und Wege zu berathen, um die Uebelstände zu beseitigen, ob die Frage zu erwägen, ob es die örtlichen Verhältnisse gestatten, durch Zuschüsse der Gewerkschaften an die Herbergsmeierei, es diesen zu ermöglichen, mehr für die Bequemlichkeit der Fremden zu thun.“ Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit einem Hoch auf die Metallarbeiterbewegung geschlossen.

Nowawes. Hier wurde eine Zahlstelle des D. M. B. gegründet, und so ist es notwendig, daß wir ein Situationsbild geben. Wir haben hier ungefähr 200 Metallarbeiter, von welchen noch nicht mal 10 Mann unserem Verbande angehören, etwa die Hälfte gehört aber dem Gewerksverein (G. V.) an. Da nun in den einzelnen Fabriken und Werkstätten Verhältnisse herrschen, welche einer notwendigen Reformirung bedürfen, wir aber vom Gewerksverein, wie die Erfahrung schon so oft gelehrt hat, nichts zu hoffen hatten, so sagten wir uns, es muß unbedingt etwas geschehen und setzen wir uns mit dem hier am Orte bestehenden Gewerkschaftsartikel in Verbindung, welches auch die notwendigen Schritte that. Am 25. Oktober fand eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt, zu der sogar aus Wannee und Stolpe einige Kollegen gekommen waren. Kollege Kirsin aus Berlin hatte das Referat übernommen und erledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. Ein Antrag des Kollegen Wagner, Gründung einer Zahlstelle des D. M. B. für Nowawes-Neuendorf fand trotz der anwesenden Gewerksvereiner einstimmige Annahme und erklärten sich sofort einige Kollegen bereit, dem Verbande beizutreten. — Am 8. November fand wieder eine Versammlung statt. Kollege Nowak erläuterte nochmals die Nothwendigkeit einer Verwaltungsstelle für Nowawes-Neuendorf. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgenden Resultat: B. Lehmann-Neuendorf, Müllerstr. 2, Bevollmächtigter; G. Busse-Nowawes, Auguststraße 17, Kassirer; Gabriel, Bastid und Wagner Revisoren. Zu „Verschiedenem“ brachte Kollege Wagner die Veruche der Gewerksvereiner, unieren Beirathungen entgegenzuarbeiten und die Gründung einer Verwaltungsstelle zu verhindern, klar vor. Ihre Bemühungen waren Dank der energischen Agitation unsererseits vergebens, das beweist, daß sofort 23 Kollegen dem Verband beitraten. Gewiß ein guter Erfolg bei den hiesigen Verhältnissen.

Stettin. Situationsbericht. Kollegen! Nachdem wir uns nun 7-8 Wochen im Ausstand befinden, können wir auch heute noch behaupten, daß die Situation unverändert und nicht ungünstiger für uns gemorden ist. Thatsache ist, daß der Fahrtrabau knapp zur Hälfte bejezt ist, aber mit welchen Elementen? Es wird wohl Niemand glauben, daß die Fabrik im Stande ist, mit diesen Leuten zu arbeiten. Wie der reduzierte Akkordtarif sich gestaltet, zeigt schon der Umstand, daß schon mehrere Streikbrecher wegen zu schlechtem Verdienst die Arbeit niederlegten. Daraus schon ist zu ersehen, daß es einem Familienvater bei 10-70 Prozent Akkordreduktion nicht möglich ist, seine Familie zu ernähren. Auch in der letzten Woche war der Zugang von außerhalb ein so großer, daß wir nicht im Stande waren, denselben zu verhindern, zumal uns die Polizei auf jede uns denkbare Art und Weise hindert und unseren Kollegen das Spazierengehen einfach unmöglich machte. — Zu der am 18. November abgehaltenen Versammlung der Streikenden war Kollege Vitsin-Berlin im Auftrage des Vorstandes als Bevollmächtigter erschienen, um sich über den Stand der Sache zu informieren. Nachdem das Streikkomitee den Situationsbericht der letzten Woche erstattet hatte, in welchem auf den Storräum der Direktion hingewiesen wurde, indem sie jede Unterhandlung und auch das Einigungsamt des Gewerbegerichts ablehnt, sprachen sich sämtliche Redner für Aufrechterhaltung des Streiks aus, da der Sieg nur von den Kollegen selbst abhängt, wenn sie treu aushalten. Auch Kollege Vitsin sprach im selben Sinne, nachdem es jetzt kein Rückwärtsgehen gibt, müssen die Kollegen mit erneuten Kräften den Kampf führen. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt: nachdem sie Kenntnis von der ablehnenden Haltung der Direktion genommen, nach wie vor im Streik zu beharren; beschließt aber im Weiteren, daß die ledigen Kollegen nun endlich eintr. mit Ernst machen, Stettin zu verlassen.“

Stuttgart. Die am 7. November abgehaltene Versammlung war wieder einmal recht schwach besetzt. Dennoch genährte sie sich sehr interessant, da wir jetzt einige tüchtige Kollegen in unserer Mitte haben, die mit ganzer Kraft und Energie in die Debatte eingreifen. Der Vorsitzende schilderte noch einmal das unermüdliche Schaffen und Wirken unseres Genossen Willenberger, den die Versammlung durch Aufstehen von den Sitzen ehrte. Nachdem der Kassirer sich seines Berichtes

entledigt, kamen wir zu der Frage: „Wie muß sich unsere Agitation in der Zukunft gestalten?“ Dies rief eine rege Diskussion hervor. Es wurde von mehreren Kollegen darauf hingewiesen, daß die Agitation von Mund zu Mund die praktischste sei, ferner, daß die Kollegen die Versammlungen fleißig besuchen müssen und die uns noch fernstehenden Kollegen mitbringen müssen, um sie aufzuklären zu können. Weiter wurde beschlossen, Feste abende einzuführen. Um dies zu ermöglichen, wurden die Versammlungen von Sonntag auf Samstag verlegt und finden somit unsere Versammlungen vom 20. Nov. ab alle 14 Tage Sonnabends 8 Uhr im Wiesener'schen Lokal statt (nach der Versammlung Festeabend). Kollegen! Es ist Pflicht jedes Einzelnen, an dem Ausbau unserer Organisation mitzuhelfen, um es späterhin zu ermöglichen, uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In der Gießerei sind Mißstände vorhanden, die abzuschaffen nur an den Formern liegt. Es war z. B. am 27. Januar 1896, als die Formier bei der Firma vorstellig werden wollten, um einige Mißstände abzuschaffen. Dies scheiterte jedoch an ihrer Wankelmuthigkeit; der Gedanke, es könne Dieber oder Feind die Arbeit verlieren, ließ sie jäherbleichen. Darum, Formier, rufen wir Euch zu: Laßt Eure Gleichgültigkeit fahren, laßt uns geschloffen vorgehen und unsere Lage gemeinschaftlich besprechen und behandeln. — Am 26. November fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Regien sprechen wird.

Schwemningen. Bericht über die Konferenz der Uhrenindustriearbeiter und Feinmechaniker in Billingen. Die am Sonntag, den 7. November, in Billingen abgehaltene Konferenz war von 13 Delegierten (Schwemningen 4, Antlingen-Mühlheim 1, Billingen 2, Triberg 2, St. Georgen 1, Furtwangen 1, Schramberg 2) besucht. Nach der Wahl eines Vorsitzenden und Schriftführers erstatteten sämtliche Delegierte Bericht über die gegenwärtige Lage der Arbeiter in der Uhrenindustrie. In allen Ausführungen wurde theils mehr, theils weniger über Lohnabzüge, schlechte Behandlung, theure Lebensmittel- und Wohnungsverhältnisse, vierwöchentlichen Jahrlag, Unwesen der sog. Konpagnieführer, Ueberhandnahme der Frauenarbeit, Licht- und Materialspaltung, mangelhafte Säug- und Lüftungsvorrichtungen, schwache Organisation etc. geklagt. Besonders schwere Klagen wurden von Schramberg, Triberg, Mühlheim und St. Georgen erhoben und eindringlich eine Besserung der jetzigen Zustände gewünscht. Zu diesem Zweck wurde einstimmig die Erhebung einer Lohn- und Arbeitsstatistik beschlossen und sollen sämtliche Orte planmäßig durch Diedner aufgeklärt werden, um die Organisation zu heben und auszubreiten. Zum Vorwort zur Ausarbeitung der Statistik wurde Schwemningen gewählt. Die nächste Konferenz soll in St. Georgen stattfinden. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende um 6 Uhr die ruhig und einmüthig von bestem Geiste bejezt verlaufene Konferenz. Möge sie für die Schwarzwaldbrennindustrie gute Folgen und bald bessere Zustände im Gefolge haben.

Formier. Halle a. S. Es ist lange her, daß wir den Raum unseres Organs nicht in Anspruch genommen haben; jedoch drängen jetzt die Verhältnisse mit Gewalt dazu, zu zeigen, wie hier die Verhältnisse in der Eisengießereibranche stehen. Seit annähernd 3 Jahren wollte unsere Sektion in Bezug auf Zumachs nicht von der Stelle und laurten wir immer mit annähernd 70 Mitgliedern hin und her trotzdem alles Mögliche aufgeboten wurde, die Kollegen zu gewinnen. In der letzten Zeit ist nun eine Anregung von Berlin ergangen, wie die Organisation zu stärken sei, dann kam Genosse Näther selbst auf einige Wochen her und wurden dann in der ganzen Stadt Fabrik- und Werkstellensammlungen abgehalten. Dieses hatte den Erfolg, daß sofort 150 Formier und Hilfsarbeiter unserer Sektion beitraten und 150 andere Metallarbeiter der allgemeinen Verwaltung beitraten. Obwohl nun die Gewerkschaft einen beträchtlichen Zumachs bekommen hat, so fehlen immer noch von den Formiern allein über 100 meist älterer Kollegen, und von den übrigen Metallarbeitern annähernd 5000, so daß es noch ein gutes Stück Arbeit zu verrichten gibt. Daß es manchmal am consequenteren Handeln fehlt, dafür sei nur angeführt, daß, als die diesjährige Maskeier auf der Tagesordnung stand, Beschlüsse gefaßt wurden, wegen Freigabe des 1. Mai vorstellig zu werden. Es wurde auch in verschiedenen Gießereien ganze Fabriken darum gebeten. Als Antwort erging: „Das ginge nicht, der Industriellen-Verband sei dagegen. Aber die Herren Fabrikanten würden ihren Arbeitern einen anderen Tag freigegeben, die Arbeiter sollten sich nur gedulden. Die meisten Fabriken veranfalteten dann Fabrikkommissionen, wozu der Fabrikant die meiste Zeche bezahlte. Hier konnten die Arbeiter einmal zeigen, ob sie Männer sind. Allein sie theilnahmen sich fast alle, hochten ihre Ausbeute an und die schöne Harmonie zwischen Arbeit und Kapital war wieder hergestellt. Und da verlangen noch verschiedene Träumler, die Fabrikanten sollten Achtung und Respekt vor ihren Arbeitern bringen! — In der Eisengießerei von Anton Jakob herrschten von jeher nicht die besten Verhältnisse, in Bezug auf Verdienst, Behandlung, Feierabend blieb viel zu wünschen übrig. Bei 6-7 Formiern wurden immer 10-12 Lehrlinge beschäftigt und hatten wir schon im Sommer eine Differenz, so daß sämtliche Formier vier Tage ausgeperrt wurden. Diese Differenz wurde aber durch einen Vergleich beigelegt und schriftlich erklärt, die spätem Feierabende sollen fort fallen, mehr Hilfskräfte eingestellt werden, sowie anständige Behandlung eintreten. Da nun Jakob nicht mehr so viel in die Gießerei kommen wollte, nahm er einen Meister Kupfahl, zuletzt in Dessau. Damit ging es einige Zeit so weit gut, aber Hilfskräfte stellte er nicht, und das war Eisen schließlich sich wieder langsam ein, so daß die Kollegen in jeder Versammlung Krach machten. Mit dem Mal sowohl dem Jakob der Stamm wieder, und kurz vor 6 Uhr mußten die Lehrlinge noch einen ganzen Herd voll Platten formen. Als es nun 6 Uhr war, gingen die Bebelunge unter 16 Jahren) zu Hause und die Formier sollten für die Jungen den Verdienst, annähernd 10-12 Centner, geben. Sie verlangten dieses extra bezahlt, und als dieses nicht zugestanden wurde, holte der Meister Herrn Jakob, der dann sofort rief: „Gnans mit Euch, Montag halt Ihr eure Papiere und das Geld.“ Es betraf dieses 6 Mann, dann wurde sofort eine Versammlung einberufen und über die Jakob'sche Gießerei die Sperre verhängt. In Folge dieser Affäre

kam es auch zur Verurtheilung der 6 Mann, zu je 20 M wegen Auflaufs (§ 116 des St.-G.-B.). Sie sollen einer Aufforderung des Schutzmannes, das Patroniren vor der Gießerei einzustellen, nicht nachgekommen sein. — Der Gießereibesitzer Jakob, das Kind eines Hüttenarbeiters, kam in den 70er Jahren nach Halle. Hier arbeitete er fleißig, schloß sich der Arbeiterpartei an, agitirte fleißig und bekleidete auch verschiedene Ehrenämter innerhalb der Partei. Hier hat er oftmals gejunten: „Den Feind, den wir am tiefsten hassen, das ist der Unverstand der Massen“ uim. So können Menschen sich ändern. Jetzt erbittet er die Hilfe des Rathes gegen ausgeperrte Arbeiter. Aber trotz alledem ist er gezwungen worden, unsere Forderungen anzuerkennen, und wenn sie in Zukunft nicht innegehalten werden, so liegt es an den Kollegen, die jetzt dort arbeiten.

Fellenhauer. Dresden. Am 14. November tagte in Stölzer's Restauration in Dresden eine öffentliche Feilenarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung: Die Lage der Feilenarbeiter und ihrer Organisation. Referent: Kollege Vollaad. Wahl eines Delegierten zum Feilenarbeiterkongress. Zum 1. Punkt erläuterte Kollege Vollaad die Verhältnisse der Feilenarbeiter in jetziger Zeit dahin, daß die Lage der Feilenhauer gegen früher verschlechtert sei, was der Technik zuzuschreiben wäre. Wir können uns nur durch eine Organisation und zwar durch den Metallarbeiterverband Rettung und Hilfe verschaffen. Diedner behauert das Vorgehen verschiedener Städte, die in einer Sonderbestrebung ihr Ziel zu erreichen suchen. Lebhafter Beifall lobte den Vortrag. Hierauf entwickelte sich eine lebhaftede Debatte, in der sich fast alle Diedner mit dem Referenten einverstanden erklärten. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 14. November in Stölzer's Restauration tagende öffentliche Feilenarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, dem D. M. B. treu zu bleiben und die noch fernstehenden Kollegen mit allen uns zustehenden Mitteln zu bewegen suchen, denselben beizutreten. Sie beauftragt den Delegierten, dahin zu wirken, die an dem Kongress theilnehmenden Delegierten dahin aufzuklären, daß nur der D. M. B. für uns die beste Organisation ist.“ Als Delegirter wurde Kollege Vollaad gewählt und ihm aufgetragen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, die an dem Kongress Theilnehmenden aufzufordern, sich dem D. M. B. anzuschließen, da derselbe für uns die beste Organisation ist. Ferner wurde noch erwähnt, daß die Dresdener nur deshalb einen Verein haben, weil nach sächsischem Vereinsgesetz eine Sektion der Feilenarbeiter unmöglich ist.

Grödenhain. Daß eine Verbesserung der Lage der Feilenhauer auch am hiesigen Orte nöthig ist, geht aus Folgendem hervor. In der Werkstelle von Meißner bestand vor zwei Jahren schon die 10stündige Arbeitszeit, aber nach und nach, in Folge Wechsels der Kollegen, wurde die Arbeitszeit auf 6 1/2 Stunden die Woche verlängert. Nun rafften sich die dort beschäftigten fünf Kollegen auf, um eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 5 1/2 Stunden und denselben Lohn wie bei 6 1/2 Stunden zu fordern. Die Verkürzung der Arbeitszeit wurde gleich bewilligt, aber an Lohn konnte er das Geforderte nicht bewilligen. Nach gegenseitiger Aussprache wurde auch hierin eine Einigung erzielt, so daß bei Jedem nur Weniges an dem erst gezahlten Lohne bei 6 1/2stündiger Arbeitszeit fehlt. Ein Opfer ist leider auch bei diesem kleinen Kampfe zu verzeichnen, das aber durch einen Fehler des Betreffenden in der Erregung hervorgerufen wurde. Der älteste Gehilfe in der Werkstelle hatte den Meister alle Wünsche zu unterbreiten, so auch hier die Forderungen. Als er wegen der Lohnfrage mit dem Meister sprach, erklärte der Vektore: „Mit den ändern will ich Lohn machen, aber Ihnen kann ich nicht mehr geben! Hierüber wurde der Kollege erregt und verlangte deshalb seine Papiere. Die anderen Kollegen verlangten zwar die Wiedereinleitung des Kollegen, der Meister verweigerte dies aber mit dem Hinweis, daß der Kollege seine Papiere verlangt habe. Ein berechtigter Kampf für diesen Kollegen ließ sich wegen des gemachten Fehlers nicht in Szene setzen und wollen wir nur allen Kollegen raten, bei derartigen Dingen die Ruhe zu bewahren, denn die Worte: „Geben Sie mir meine Papiere“, geben den Unternehmern ein Mittel an die Hand, die unliebsten Arbeiter los zu werden. — Eine andere Werkstelle ist auch noch am Orte, wo dieselben Verhältnisse herrschen, wie in der genannten; werden sich die Kollegen ein Beispiel an dieser nehmen?

Aufruf an die Metallarbeiter Nordwestdeutschlands.

Nach dem Beschluß der Konferenz vom 6. Juni ds. Js. findet am Sonntag, 26. Dezember, Vorm. 11 Uhr, in Wilhelmshaven die 2. Konferenz statt.

- Vorläufige Tagesordnung:
- 1) Bericht des Bezirkskomitees.
 - 2) Bericht der Delegierten.
 - 3) Agitation.
 - 4) Wahl des Komitees und des Vorortes.
 - 5) Verschiedenes.
- Verwaltungsstellen bis 100 Mitglieder wählen einen Delegierten, 200 zwei, bis 400 drei Delegirte. Ewige Anträge sind an Unterzeichneten bis spätestens 24. Dezember zu senden.
- Mit kollegialem Gruß
L. Bloch, Bremen, Heimathstr. 55.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 8. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Talmi-Monarchisten. — Die Menge und das Verbrechen. Von Eduard Bernstein. — Die ökonomischen Grundlagen der Mutterberthschaft. Von Heinrich Cunow. (Schluß). — Die bisherigen Ergebnisse der Volkszählung in Russland. — Unteruchungen über die Kintheit. Von Gustav Schönfeldt. — Notizen: Alkoholbildung in der Pflanze ohne Gährungsreger. — Feuilleton: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Pröbstl. (Fortsetzung.)

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Verfassungen.

Anden. Samstag, 27. Novbr., Abds. 8 3/4 Uhr, bei Schilling, Beatzstr. 25. Vortrag: Wie sollen wir leben? Der englische Maschinenbauereif.

Strasbourg i. E. Samstag, 4. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei G. Vogel, Ecke der Weissthurmstr. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. Revision der Bibliothek.

sammlung. Vortrag des Genossen Gg. Boehmann-Giesen Wahl der Ortsbeamten.

Privat-Anzeigen.

Tüchtige Feilenhauer, welche alle Sorten hauen können, finden dauernde Beschäftigung bei gutem Akford. Reise wird nach Uebereinkommen vergütet.

Musikwerke mit Zither-Spiel von Nr. 8, 18, 30-200. An Verbandskollegen versende portofrei überallhin.

Formerpüselversandgeschäft von H. Weiland, Fürstenwalde (Spree), Promenadenstr. 53.

Seherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Straßenkarten...